MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung

Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung

Geschäftsführung: Herr Peter Schmidt

Telefon: 06421 201-1505
E-Mail: peter.schmidt@marburg-stadt.de

Marburg, 11.04.2018

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu einer **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich)** der Stadtverordnetenversammlung am

Mittwoch, den 18.04.2018, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

lade ich Sie hiermit fristgerecht ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1 Eröffnung der Sitzung

2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.02.2018

3 Anträge der Fraktionen

3.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbesserung der Situation auf den Lahnterassen
Vorlage: VO/5871/2017

3.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan
Vorlage: VO/6018/2017

4 Kenntnisnahmen

4.1 Große Anfrage der SPD-Fraktion betr. Trennungskinder in Marburg
Vorlage: VO/3868/2015

4.2 Marburger Aktionsplan zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung - Gesamtübersicht Umsetzungsprozess Anfang 2018

4.3 Bericht zum Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Förderung der Potentiale älterer Menschen für ein aktives selbst-gestaltetes Leben und Unterstützung pflegebedürftiger älterer Menschen durch die Alternspolitik in Marburg
Vorlage: VO/5903/2017-1

5 Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Roland Böhm
Vorsitzender

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.02.2018
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Herr Roland Böhm - Marburger Linke	
reguläre Mitglieder	
Frau Alexandra Klusmann - SPD	
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Herr Heinrich Löwer - SPD	Vertretung für: Frau Bettina Böttcher
Herr Ulrich Severin - SPD	
Herr Winfried Kissel - CDU	
Frau Karin Schaffner - CDU	Vertretung für: Frau Runhild Piper
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	Vertretung für: Frau Madelaine Stahl
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke	
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL	
Frau Gabriele Mensing - BfM	
beratende Mitglieder	
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei	

Entschuldigte Mitglieder	
reguläre Mitglieder	
Frau Bettina Böttcher - SPD	- entschuldigt -
Herr Stephan Muth - CDU	- entschuldigt -
Frau Runhild Piper - CDU	- entschuldigt -
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	- entschuldigt -

Magistrat
Oberbürgermeister Herr Dr. Thomas Spies Stadträtin Frau Dinnebier
Verwaltung
Frau Lambrecht, Frau Meier, Frau Mösbauer, Herr Höhn, Herr Meyer, Herr Schmidt(Protokoll)
Behindertenbeirat
Frau Mayer
Gäste
Frau Hühnlein, Frau Lux, Herr Fretter, Herr Urban (fib. e.V.), Herr Kling-Böhm, Herr Schulze

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.01.2018

Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

zu 3 Information und Austausch zum Sachstand Bundesteilhabegesetz (BTHG); Gast: Herr Wolfgang Urban, fib e.V.

Der Vorsitzende begrüßt nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes Herrn Wolfgang Urban, der zum Sachstand Bundesteilhabegesetz (BTHG) insbesondere über die geplanten Zuständigkeiten informieren wird.

Die Mitglieder erhalten einen Überblick über die Konsequenzen aus den gesetzlichen Veränderungen mit dem BTHG und Herr Urban beschreibt die verschiedenen Modelle zukünftiger Zuständigkeiten und deren Auswirkung auf die Praxis.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Es bleiben derzeit drei zentrale, kritische Themenfelder:

- Das Bestreben des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV), organisatorische Voraussetzungen und Strukturen aufzubauen, hat einen ausgeprägt präjudizierenden Charakter;

- Im Falle einer zentralisierten Zuständigkeit beim LWV wird befürchtet, dass die örtlichen Strukturen in Hessen eine Benachteiligung erfahren;

- Eine sachliche und örtliche Zuständigkeit der Universitätsstadt Marburg als Sondersta-

tusstadt für die Eingliederungshilfe kann nur über eine entsprechende Delegationsmöglichkeit

in einem noch vom Land zu erlassenden hessischen Ausführungsgesetz (HAG) realisiert werden.

Frau Dr. Perabo weist darauf hin, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.06.2017 zur Vorlage VO/5600/2017 betr. Antrag der Fraktion Marburger Linke bezüglich Erhalt der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen beim LWV Hessen überdacht werden muss.

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies schlägt vor, die Landesdirektorin des LWV sowie weitere Beteiligte in die Universitätsstadt Marburg einzuladen, um auf breiter Ebene in Gesprächen Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit auszuloten. Dieser Vorschlag findet allgemein Zustimmung.

---

zu 4 Bericht "Sachstand, Ausbau und Perspektiven der Kindertagesbetreuung in der Universitätsstadt Marburg 2018 - 2020"
Vorlage: VO/6036/2018

Den Mitgliedern wurde im Vorfeld zur Sitzung aktualisiertes Datenmaterial in Bezug auf die Ausbauplanung per Email übersandt und darüber hinaus als Tischvorlage ausgehändigt.

Stadträtin Frau Dinnebier erläutert zur Ausbauplanung aus Sicht des Magistrats und Frau Lambrecht sowie Herr Meyer, Fachbereich Kinder, Jugend, Familie ergänzen. Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Ziffer 1 der Vorlage zur Kenntnis.

Der Vorsitzende lässt danach über Ziffer 2 der Vorlage abstimmen:

Der Ausschuss empfiehlt e i n s t i m m i g die Annahme.

---

zu 5 Anträge der Fraktionen

---

zu 5.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan
Vorlage: VO/6018/2017

Der Vorsitzende erklärt für die antragstellende Fraktion die Zurückstellung der Vorlage.

---

zu 6 Verschiedenes

Herr Göttling erkundigt sich ob der neue Verein NEO e.V. im Fachbereich Kinder, Jugend, Familie bekannt ist und Stadträtin Frau Dinnebier sagt Klärung zu.

Weitere Themen zum TOP Verschiedenes liegen nicht vor.

Marburg, 11.04.2018

Herr Peter Schmidt
Protokoll

Roland Böhm
Vorsitzender

Kenntnisnahme	Vorlagen-Nr.: **VO/5252/2016-2** Status: öffentlich Datum: 23.02.2018
Dezernat: I Fachdienst: 50 - Soziale Leistungen Sachbearbeiter/in: Meier, Monique	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Kenntnisnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Kenntnisnahme	Öffentlich
Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder	Kenntnisnahme	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Kenntnisnahme	Öffentlich
Behindertenbeirat	Kenntnisnahme	Öffentlich

Umsetzungsprozess des Marburger Aktionsplanes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen - Gesamtübersicht Anfang 2018

Beschlussvorschlag:
Die Gremien werden gebeten, den aktuellen Umsetzungsstand des Marburger Aktionsplanes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zur Kenntnis zu nehmen. Der Umsetzungsprozess des kommunalen Handlungskonzeptes wird kontinuierlich von allen Beteiligten in einer tabellarischen Gesamtübersicht dokumentiert.

Sachverhalt:
Die Sozialplanung der Universitätsstadt Marburg hat in Zusammenarbeit mit einer Projektgruppe aus Mitgliedern des Behindertenbeirates, externen Fachleuten und Verantwortlichen der Stadtverwaltung den Aktionsplan erarbeitet. Als Gesamtkonzept umfasst der Aktionsplan Handlungsansätze und Ziele der städtischen Verwaltung und von zahlreichen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Marburg weiter zu stärken.

Die im Aktionsplan formulierten 63 Handlungsansätze in 9 Handlungsfeldern werden von den mitwirkenden Akteuren schrittweise realisiert. Der Umsetzungsprozess wird von der Sozialplanung und einer Projektgruppe, der unter anderem Mitglieder des Behindertenbeirates angehören, eng begleitet. Gemeinsam mit den Verantwortlichen der einzelnen Zielvorhaben erfolgt in einem Zeitraum von zwei Jahren die fortlaufende Berichterstattung über die erreichten (Teil-)Ziele in Form einer tabellarischen Gesamtübersicht. Zudem finden Arbeitstreffen der Projektgruppe mit Verantwortlichen zu einzelnen Themenschwerpunkten statt (→ https://www.marburg.de/teilhabe).

Marburger Aktionsplan in Leichter Sprache

Für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, dass der Aktionsplan für alle zugänglich zur Verfügung steht. Der Plan ist barrierefrei auf der städtischen Homepage veröffentlicht und liegt zudem auf Nachfrage als MP3-CD im navigierbaren Hörbuch-Format vor. Mit der Übersetzung des Aktionsplans in Leichte Sprache wurden weitere Barrieren abgebaut, die Menschen vom Lesen schwerer Texte mit langen Sätzen abhalten. Die Übersetzung des Plans hatte die Arbeitsgruppe „Leichte Sprache“ des Behindertenbeirates angeregt. Kerstin Hühnlein (Behindertenhilfe) und Monique Meier (Sozialplanung) haben die Inhalte des Aktionsplans umformuliert und vereinfacht. Die Handlungsansätze des Gesamtkonzeptes mit den Zielen und Informationen sind übersetzt worden, um alle Vorhaben einzeln nachvollziehbar darzustellen. Zudem sind Piktogramme zu den Texten von der Agentur für Leichte Sprache (Lebenshilfe Bonn) entworfen und entsprechend eingefügt worden. Betroffene haben den überarbeiteten Aktionsplan gelesen und eine Rückmeldung zur Verständlichkeit der Inhalte gegeben (Anlage: Aktionsplan in Leichter Sprache).

Würdigung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Die Stadt Marburg hat vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales für ihren Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eine schriftliche Würdigung erhalten. Die Parlamentarische Staatssekretärin Frau Lösekrug-Möller hat in Anerkennung des Engagements der Universitätsstadt Marburg für Menschen mit Behinderungen der Stadt eine Urkunde übermittelt (Anlage: Anerkennungsurkunde).

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Finanzielle Auswirkungen:
Im Rahmen einer schrittweisen Umsetzung sind anfallende Kosten von den beteiligten Fachbereichen haushalterisch zu kalkulieren und einzuplanen.

Anlagen:

- Gesamtübersicht des Umsetzungsprozesses – Stand Anfang 2018
- Aktionsplan in Leichter Sprache
- Anerkennungsurkunde

Gesamtübersicht zum Umsetzungsstand der 63 Handlungsansätze

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
1.1.1 Seite 17/18	Qualitative Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen der Universitätsstadt Marburg – „Von der Integration zur Inklusion“	1. Weiterhin erfolgt die Umsetzung, wie im Aktionsplan von 2017 auf S.17/18 eingehender beschrieben, prozesshaft und fortlaufend durch: - fachliche Begleitung und Unterstützung durch Fortbildungsangebote, Arbeitskreise und die Fachberatung - Begleitung der konzeptionellen Weiterentwicklung - durch kontinuierliche Begleitung, Beratung und Unterstützung der Kitas, konzeptionell sowie in der tatsächlichen Umsetzung auch im Einzelfall, die qualitative Weiterentwicklung „Von der Integration zur Inklusion“ ermöglichen und sichern	Stadt Marburg, Fachdienst Kinderbetreuung	fortlaufend
1.1.2 Seite 19	Zugang zur musikalischen Früherziehung erleichtern und den Musikunterricht der Marburger Musikschule inklusiv gestalten a) Kooperation mit Institutionen der Behindertenhilfe, Kinderta-gesstätten/-krippen b) Einrichtung einer Inklusions-sprechstunde	**a) Kooperation mit Institutionen der Behindertenhilfe, Kindertagesstätten/-krippen** 1. - Kontakte zu Kindertagesstätten/-krippen sind hergestellt, Kooperationen existieren mit Kitas am Richtsberg 2. - weitere Kitas sollen in die Kooperation mit uns einbezogen werden **b) Einrichtung einer Inklusionssprechstunde** 1. - das Vorhaben ist noch nicht konkretisiert 2. - die Einrichtung einer Inklusionssprechstunde ist für 2018 fest eingeplant	Musikschule Marburg e.V.	begonnen Beginn 2018

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
1.2.1 Seite 20/21	Vom Förderbedarf unabhängige Bereitstellung von räumlich-sächlichen Ressourcen für alle Bildungsgänge unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Mög-lichkeiten	1. in 2017 konnten folgende Maßnahmen abgeschlossen werden: - Netzwerkanbindung und Ausstattung eines Klassen-raumes an der Elisabethschule mit elektronischen Geräten (Beamer, Laptop, Lautsprecher, Whiteboard) für die Beschulung zweier blinder bzw. stark sehbehinderter Kinder - behindertengerechte Sanierung der Lehrküche an der Sophie-von-Brabant-Schule (Standort Willy-Mock-Straße) - technische Ausstattung (Lesetisch, Notebook, EDV-Programme u. a.) für einen sehbehinderten Schüler an der Adolf-Reichwein-Schule (teilweise mit Kostenerstattung durch den Landeswohlfahrts-verband Hessen) - Herrichtung eines Behinderten-WC in der Sporthalle des Gymnasium Philippinum im Rahmen der Sanierung wegen Legionellenbefalls - zusätzlicher Treppenhandlauf in der Otto-Ubbelohde- Schule für ein sehbehindertes Kind 2. nächste Vorhaben: - Beginn der Planungen für den Bau eines Fahrstuhls zur behindertengerechten Erschließung des Haupt-gebäudes der Adolf-Reichwein-Schule + Abendschulen - Beginn der Planungen für die behindertengerechte Sanierung einer Toilette in der Sophie-von-Brabant-Schule (Standort Uferstraße) - behindertengerechte Erschließung im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen an der Erich Kästner-Schule	Stadt Marburg, Fachdienst Schule und Fachdienst Hochbau	Abschluss in 2017 Abschluss in 2017 Abschluss in 2017 Abschluss in 2017 Abschluss in 2017 2018 2019 ca. 2021

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
	Darstellung/Bericht über die Themenbereiche Inklusion und Bau- bzw. Ausstattungsmaßnahmen in der jährlichen Fortschreibung zum Schulentwicklungsplan	1. - umfangreiche Erläuterungen in den Schulentwicklungsplänen für die Grundschulen (2012) und allgemeinbildenden weiterführenden Schulen (2013) zu rechtlichen Grundlagen und bildungspolitischen Zielsetzungen zum Thema Inklusion - Bestandsaufnahme über konkrete durchgeführte Bau- und Ausstattungsmaßnahmen in den allgemeinbildenden weiterführenden Schulen (2014) - regelmäßige statistische Darstellung der Schülerzahlen im Bereich der inklusiven Beschulung in den jährlichen statistischen Fortschreibungen zu den oben genannten Schulentwicklungsplänen - Erläuterung allgemeiner in inklusiver Schulbauvorhaben in den jährlichen statistischen Fortschreibungen zu den Schulentwicklungsplänen 2. - neue Bestandsaufnahme hinsichtlich der auf Inklusion ausgerichteten Bau- und Ausstattungsmaßnahmen im Rahmen der aktuellen statistischen Fortschreibung zu den oben genannten Schulentwicklungsplänen für das Schuljahr 2017/18	Stadt Marburg, Fachdienst Schule	fortlaufend seit dem Schuljahr 2013/14 Mitte 2018
		➢ Etwaige Veränderungen durch die vom Hessischen Kultusministerium initiierten „Inklusiven Schulbündnisse“ können derzeit noch nicht konkret abgesehen werden. Das Schuljahr 2017/18 dient zunächst als Implementierungsphase zur Vorbereitung der Inklusiven Schulbündnisse. Die Federführung hat hier das Staatliche Schulamt mit dem Hessischen Kultusministerium. ➢ Im Dezember 2017 wurde eine Vorbereitungsgruppe gebildet, in der Aufgabenstellungen besprochen und Bündniskonferenzen vorbereitet werden sollen.	Staatliches Schulamt Marburg und Hessisches Kultusministerium	März 2018: Schulleiterdienstversammlung mit dem Hess. Kultusministerium Mai 2018: Planung der Bündnis-Konferenz für Herbst 2018

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		- die Umsetzungsphase beginnt im kommenden Schuljahr 2018/19 und es sollen verbindliche Absprachen zur Ressourcensteuerung, zu Förderkonzeptionen und zu Schulen mit besonderer Ausstattung getroffen werden		Schuljahr 2018/19
1.2.2 Seite 22	Besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen behinderter Schüler/-innen im gemeinsam durchgeführten Unterricht von Musikschule und allgemeinbildenden Schulen	1. - integrative und inklusive Musikprojekte gibt es seit Beginn des Schuljahres 2017/18 mit • der Schule am Ortenberg, • der Erich Kästner Schule und • der Mosaikschule	Musikschule Marburg e.V.	Beginn Schuljahr 2017/18
1.2.3 Seite 23	Weiterentwicklung inklusiver außerschulischer Angebote zu Berufsorientierung des Kommu-nalen Jugendbildungswerkes	1. - die Angebote des Fachdienstes stehen grundsätzlich allen Kindern und Jugendlichen mit oder ohne Behinderung offen - für alle Lernorte werden barrierefreie Räume gesucht - für Berufsorientierungsmaßnahmen (und andere), die in den Räumlichkeiten des Hauses der Jugend durchgeführt werden, hatte die AG Inklusion der Jugendförderung eine Rollstuhlfahrerin geladen, die das Haus auf Barrierefreiheit mit überwiegend positiven Ergebnissen getestet hat - über die festgestellten Mängel im Haus der Jugend erteilte die Fachdienstleitung einen Auftrag zur Prüfung und Verbesserung - alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in Fortbildungen gezielt sensibilisiert und qualifiziert, um die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung an den Angeboten der Jugendförderung zu ermöglichen	Stadt Marburg, Fachdienst Jugendförderung/ Jugendbildungs-werk	begonnen

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		- durch gezielte Ansprache der Betroffenen persönlich oder z.B. im Jahresprogramm soll zur Teilnahme motiviert werden, ein umfangreiches Netzwerk gewährleistet inklusive Rahmenbedingungen sowohl pädagogisch, strukturell und finanziell - durch individuelle Beratung werden Ängste abgebaut und eine möglichst optimale Betreuung organisiert - gleichzeitig werden die bestehenden aktuellen aber auch neu zu entwickelnden Angebote bereits im Vorfeld auf Inklusivität überprüft 2. - der Handlungsansatz soll die Zahl der teilnehmenden Kinder und Jugendlichen an den Angeboten der Jugendförderung erhöhen - zusätzlich soll durch die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Qualität der Maßnahmen hinsichtlich der Teilhabe von behinderten Kindern und Jugendlichen gesteigert werden - die Vernetzung mit Kooperationspartnern, insbesondere in der offenen Behindertenarbeit tätige, wird weiter intensiviert		
1.3.1 Seite 24/25	Barrierefreie Volkshochschule • Kursprogramm und Öffentlichkeitsarbeit	**Kursprogramm und Öffentlichkeitsarbeit** 1. - Kooperation mit dem Freizeitzentrum Lebenshilfewerk Marburg-Biedenkopf e.V.: vhs-Angebot für Menschen mit Behinderungen auch im Lebenshilfe Veranstaltungsprogramm 2. - Ausweitung der Kooperation	Stadt Marburg, Fachdienst Volkshochschule	begonnen 2018

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		1. - Umsetzung barrierefreier (Sprach-)Prüfungen Erste TELC Prüfung in Spanisch mit Schülerinnen und Schülern der Carl-Strehl-Schule in 2017 2. - Kooperation mit dem Prüfungszentrum des Hess. Volkshochschulverbands; Aufbau von spez. Expertise in diesem Bereich		begonnen in 2017
		1. - Inklusiv ausgeschriebene und beworbene Kursangebote in den Programmbereichen Gesundheit und Kultur 2. - Überprüfung der Konzepte		begonnen, fortlaufend
	• Veranstaltungsorte/ Räumlichkeiten und Ausstattung	**Veranstaltungsorte/Räumlichkeiten und Ausstattung** 1. - Freier W-Lan Zugang für Teilnehmende im vhs Haus erleichtert die Nutzung eigener, mit Spezialsoftware ausgestatteter Geräte für sehbeeinträchtige und blinde Menschen (Smartphone, Laptop mit Screenreader, etc.)		ab Sommer 2018
		- Räumlichkeiten und Zugänge sind für Menschen mit Mobilitätseinschränkung gut über den Aufzug im vhs-Haus zu erreichen, im Programmheft ist dies gut lesbar ausgewiesen		abgeschlossen
		2. - die Informationen zur Barrierefreiheit der Schulungsorte werden auf der Website optimiert		2018
	• Sensibilisierung und Qualifizierung des Personals	**Sensibilisierung und Qualifizierung des Personals** 1. - Sensibilisierung aller Mitarbeitenden: Qualifizierte Beratung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung von der Kursinformation über den Anmeldeprozess bis zur Kursteilnahme (Verwaltung, Programmbereichsleitungen, Kursleitende)		fortlaufend

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		1. - Beteiligung an den Entwicklungspartnerschaften „Öffnung für Vielfalt“ (Hessisches Volkshochschul-verband) mit Schwerpunkt auf der Entwicklung Barriere-armer Kursangebote/ Kursmaterialien 2. - Durchführung von Fortbildungen für Kursleitende		2018 2018/19
1.3.2 Seite 26/27	Inklusives Hochschulstudium an der Philipps-Universität a) Verstetigung der Schulungs-angebote für Studienanfängerin-nen und Studienanfänger mit Sehbeeinträchtigung bei der An-meldung und Nutzung der Lern-plattform ILIAS, dem online-Vorlesungsverzeichnis etc. b) Ausweitung der Bibliotheksfüh-rungen speziell für blinde und hochgradig sehbehinderte Nutze-rinnen und Nutzer	**a) Verstetigung der Schulungsangebote** 1. - fachliche Unterstützung durch eine blinde und eine sehende studentische Hilfskraft, die einmal wöchentlich in einer Sprechstunde für diese und andere PC-technische Fragestellungen sehbehin-derter und blinder Studierender an einem der insgesamt neun sehgeschädigtenspezifisch ausgestatteten PC-Arbeitsplätze der Universität zur Verfügung stehen 2. - Schulungen für Studienanfänger und Studierende in Anfangssemestern mit Sehbeeinträchtigung sollen wieder zu Beginn des kommenden Wintersemesters angeboten werden. **b) Ausweitung der Bibliotheks-Führungen** 1. - Führungen für Studienanfänger und Studierende in Anfangssemestern mit Sehbeeinträchtigung sollen wieder zu Beginn des kommenden Wintersemesters angeboten werden 2. - nach dem Umzug der Universitätsbibliothek 2018 an den neuen Standort Campus Firmanei sollen die UB-Führungen auch für sehgeschädigte Studierende höheren Semesters angeboten werden	Philipps-Universität Marburg, Service-stelle für behinderte Studierende (SBS)	fortlaufend fortlaufend 2018

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
	c) Dauerhafte Etablierung der SPSS-Kurse für blinde Studieren-de der Philipps-Universität	**c) Dauerhafte Etablierung der SPSS-Kurse** 1. - die dauerhafte Etatisierung der hierfür benötigten Mittel im regulären Haushalt der Servicestelle für behinderte Studierende (SBS) ist erfolgt		abgeschlossen
1.3.3 Seite 28/29	Interkulturelle Öffnung des Betreuungswesens	1. - umgesetzt: Öffnung der Bildungs- und Beratungsangebote durch Übersetzung des Jahresprogrammfolders in russische und türkische Sprache - Erleichterung des Zugangs für Menschen mit Migrationshintergrund - umgesetzt: Fachvorträge zum Thema Rechtliche Vorsorge und Betreuung mit DolmetscherInnen für türkische und russische Sprache (z.B. bei Interkulturellen Wochen und Herbstmarkt Stadtallendorf - Werbung für diese Veranstaltungen in deren Flyern) - Aufnahme in die Informationsbroschüre für MigrantInnen der Universitätsstadt Marburg, Interkulturelle Ausstellung zur Nacht der Kunst - Ziel der erleichterten u. erhöhten Teilnahme von Menschen mit Migrationshintergrund und deren Information wurde erreicht - Ziel der Gewinnung von mehr Menschen mit türkischem Migrationshintergrund für das Ehrenamt des gesetzlichen Betreuers wurde 2017 nicht mehr erreicht - regelmäßige Bürgersprechstunde zum Thema Rechtliche Vorsorge und gesetzliche Betreuung mit Übersetzerin für türkische Sprache wurde in Stadtallendorf 2016 eingerichtet und wurde 2017 weitergeführt	Marburger Verein für Selbstbestim-mung und Betreu-ung e.V. (S.u.B.)	umgesetzt umgesetzt umgesetzt Finanzierung des Projekts endete Dezember 2017 Weitere Finanzierung des Gesamtprojekts noch unklar

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		- Ziel erreicht: Höhere Frequentierung der Bürgersprechstunden von Menschen mit Migrationshintergrund Kooperationen - der Kontakt zu Migrantenselbstorganisationen, Stabsstellen/ Institutionen und Initiativen für und von Menschen mit Migrationshintergrund wurde gefestigt - Kontakt zu Richtsberggemeinde/Werbung für Veranstaltungen des S.u.B. im interkulturellen Umfeld durch „Richtsberg Aktiv!“ umgesetzt 2. - weitere Vorträge in der Richtsberggemeinde sowie Beratungen dort - Aufrechterhaltung der Kontakte zu Migrantenselbstorganisationen/Büro für Integration, - bei Finanzierungsmöglichkeit Folderübersetzung auch 2018 sowie Übersetzungen weiterer Veranstaltungen		umgesetzt umgesetzt Maßnahmen werden im Rahmen des Möglichen weiter fortgesetzt
2.1 Seite 31	Optimierung der Einzelfallhilfe in der Jugendberufshilfe	1. - Weitergabe von Informationen und Darstellung von Unterstützungsangeboten bei anderen Jugend(berufs)hilfe-Trägern und Beratungsstellen 2. - Steigerung des Anteils der Zielgruppe in den beraterischen Angeboten der Jugendberufshilfe	Universitätsstadt Marburg, Fachdienst Jugendberufshilfe	fortlaufend
2.2 Seite 32	Berufsorientierung für Mädchen mit Behinderungen – Girls‘ Day Marburg verstärkt für Mädchen mit Behinderungen ausrichten	1. - Programmplanung und Bewerbung des Girls‘ Day 2017 federführend durch den städtischen Fachdienst Jugendförderung, Beratung durch das Gleichberechtigungsreferat - gezielte Bekanntmachung des Girls‘ Day an potentiell interessierte Mädchen mit Behinderungen - Durchführung des Girls‘ Day am 27. April 2017 durch Fachdienst Jugendförderung:	Stadt Marburg, Fachdienst Jugend-förderung (Federführung) Stadt Marburg, Gleichberechti-gungsreferat (beratend)	begonnen Girls‘ Day fand im April 2017 statt

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		48 barrierearme Plätze in der Stadtverwaltung für Mädchen mit Behinderungen, 6 Mädchen mit Behinderung nahmen teil - Auswertung des Girls‘ Day 2017 - auf einem Treffen der Jugendförderung mit dem fib e.V. wurde der Girls‘ Day vorgestellt 2. - das Gleichberechtigungsreferat hat Vorschläge erarbeitet, um Mädchen mit Behinderungen noch besser über den Girls‘ Day zu informieren - diese Vorschläge werden, soweit möglich, schrittweise umgesetzt - weitere Treffen mit Unterstützungseinrichtungen sollen im Frühjahr 2018 stattfinden - 2018 wird der Girls‘ Day erneut von Anfang an inklusiv ausgerichtet - dies reicht von der Begrüßung über den Vormittag in den Fachdiensten bis hin zu dem Rahmenprogramm im Kino, es wird einen Film mit Audiodeskription geben (GRETA) - zur Unterstützung der Fachdienste und Teamerinnen wird eine Fortbildung von „Inklusion bewegt“ angeboten (InkluWas?)		Frühjahr 2018 Girls‘ Day 2018
2.3 Seite 33	Optimierung der Partizipation von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf an Berufsorientierungsmaßnahmen	**a) Barrierefreiheit der Räumlichkeiten** 1. - regelmäßige Prüfung der Barrierefreiheit der Räumlichkeiten im Haus der Jugend 2. - Beseitigung/ Verbesserung der festgestellten Mängel	Stadt Marburg, Fachdienst Jugend-förderung	fortlaufend

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		b) Abstimmungsgespräche zum Angebot 1. - regelmäßige Gespräche der maßnahmedurch-führenden Jugendhilfeträger mit Schulleitungen und Lehrkräften der am Angebot teilnehmenden Schülerinnen und Schüler - im Rahmen dieses Austausches werden spezifische Bedarfe der Zielgruppe hinsichtlich der Seminarinhalte sowie der räumlichen Ausstattung Besprochen 2. - Fortführung/ weitere Verstätigung der Abstimmungsgespräche zwischen Jugendhilfeträgern und Schulen	Fachdienst Jugend-förderung/ Jugend-bildungswerk sowie an der Durchfüh-rung BOM (Berufs-orientierungsmaß-nahmen) beteiligte freie Jugendhilfe-träger	fortlaufend
		c) Informeller Austausch der Mitarbeiter/innen des fib e.V. und der Jugendförderung 1. - Mitarbeiter/innen der Jugendförderung und des fib e.V. sprachen und diskutierten im September 2017 über Schnittstellen, Bedarfe und Schwierigkeiten bei der Umsetzung inklusiver Angebote des Fachdienstes Jugendförderung/ Jugendbildungswerk 2. - Fortführung/ Verstätigung des Austausches zwischen Jugendförderung und fib e.V.; Initiierung eines Arbeitskreises	Stadt Marburg, Fachdienst Jugendförderung	im Umsetzungsprozess
2.4 Seite 34/35	Mehr Arbeitsmöglichkeiten (Ausbildung und Beschäftigung) für Menschen mit Behinderung schaffen	➢ **Intensivierung der Akquise von Arbeits- und Ausbildungsstellen durch Betriebsbesuche und unmittelbare Vorstellung von Schwerbehinderten und Rehabilitanden**	Agentur für Arbeit Marburg	

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		1. - bundesweit wurde die Beratungskapazität der Reha-SB-Teams der Agenturen für Arbeit durch langfristiges zusätzliches Personal gestärkt - Projekt IN inzwischen abgeschlossen – insgesamt ist eine positive Bilanz zu ziehen 2. - die zusätzlichen Haushaltsmittel im Personalbereich ermöglichen die Intensivierung der Arbeitgeberkontakte gemeinsam mit dem Arbeitgeberservice - flankierend dazu münden wesentliche Merkmale und Erkenntnisse des Projektes IN (ganzheitliche Beratung notwendig zum Abbau der multiplen Vermittlungshemmnisse) in einem neuen Kursangebot der Agentur für Arbeit in Kooperation mit einem Träger ein, der gezielt Arbeitgeber anspricht und die Kursteilnehmer potentialorientiert bei der Arbeitssuche unterstützt ➢ **Stärken behinderter Menschen am Arbeitsplatz verdeutlichen** 1. - Arbeitgeberkontakte im Rahmen der Arbeitsmarktberatung beinhalten die Frage nach der grundsätzlichen Eignung der konkreten Arbeitsplätze der Unternehmen für Menschen mit Behinderungen, vertiefter Beratungsbedarf wird durch die zuständigen Reha-Kollegen gedeckt, gleichzeitig werden in jedem Kontakt zu Arbeitnehmerkunden die individuellen Fördermöglichkeiten zur Erlangung einer adäquaten Arbeitsstelle thematisiert - die Arbeitsagentur geht mit gutem Beispiel voran und stellt behinderte Menschen ein, Pressemitteilungen dieser Art dienen nicht der Exposition menschlicher Behinderungen sondern sollen den Arbeitgebern die breite Palette der Einsatzfelder und Eingliederungshilfen darstellen	Agentur für Arbeit (mit Arbeitgebern)	Projekt IN abgeschlossen fortlaufend 1. Halbjahr 2018

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		2. - unser Fernziel ist, dass Pressearbeit in diesem Sinne irgendwann einmal nicht mehr notwendig sein wird, wenn sich das Thema „Inklusion“ vollumfänglich gesellschaftlich etabliert hat - einstweilen wird die Information via Presse anhand von konkreten Personenbeispiel als probates Mittel angesehen, Arbeitgeber zu erreichen und zu sensibilisieren, hier plant die Agentur eine verstärkte Medienpräsenz im Rahmen der Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt		1. Halbjahr 2018
		➢ **Information über Rehabilitationshilfen** 1. - der Businesstalk fand am 01.11.16 in der Agentur für Arbeit Marburg statt, eine Referentin des LWV war als Fachexpertin geladen - der Arbeitgebertag am 21.09.2017 der Agentur hatte als einen thematischen Schwerpunkt „Schwerbehinderte Menschen im Betrieb - Finanzielle Hilfen und Unterstützung“, gleiches war Inhalt einer Anschreibe-Aktion an die heimischen Betriebe 2. - im Zuge der Veränderungen durch das BTHG wird auch die Zusammenarbeit der Reha-Träger untereinander intensiviert - seitens der Agentur soll zu diesem Zweck die Netzwerkarbeit wesentlich intensiviert werden	Agentur für Arbeit (mit anderen Reha-Trägern)	Businesstalk fand im November 2016 statt Arbeitgebertag fand im September 2017 statt fortlaufend
		➢ **„Beste-Übung-Beispiele“ der Integration von schwerbehinderten Menschen** 1. - Presseveröffentlichungen (2) 2. - erarbeiten anderer Formen der Information über behinderte Menschen am Arbeitsplatz	Agentur für Arbeit	

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		1. - die Agentur für Arbeit zeigte unterjährig durch Presseinfos gelungene Integrationsbeispiele auf - die vergleichsweise geringe Zahl der Presse-Meldungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier schon einiges bewegt worden ist - allerdings ist die Bereitschaft auf Seiten der Arbeitnehmer oftmals nicht gegeben, da sie durch eine Veröffentlichung ihrer Handicaps in der Presse Nachteile befürchten 2. - das Erarbeiten alternativer Formen über behinderte Menschen am Arbeitsplatz wird im Rahmen von agenturinternen Workshops entwickelt - Pressearbeit wird dabei eine wichtige Rolle spielen, so dass auch weiterhin Beste-Übung-Beispiele entsprechend publiziert werden		fortlaufend Schwerpunkt 1. Halbjahr 2018 (siehe oben)
2.5 Seite 36	Beteiligung des IFD an Arbeitsmarktgesprächen der Agentur für Arbeit	1. - an einem Arbeitgebertag der Agentur für Arbeit wurde das Integrationsamt beteiligt - der Austausch mit regionalen Arbeitgebern über Barrieren und Beispiele sowie Instrumente gelungener Integration in Arbeit erfolgte über die Darstellung von 3 gelungenen Prozessen der Inklusion in Arbeit in der regionalen Presse sowie im Werksinfo eines Arbeitgebers - Schnittstellen, Fördermöglichkeiten, Hilfsmittel und beteiligte Dienste wurden in den Positivbeispielen herausgearbeitet - Pressespiegel, Arbeit und Bildung e.V.: http://www.arbeit-und-bildung.de/presse/pressespiegel	Integrationsfach-dienst (IFD) Marburg-Biedenkopf	fortlaufend

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		• Vorzeigeprojekt Schwerbehindertenarbeitsplatz (Bosch Inform) • „Zur Not helfen Zettel und Stift“, Oberhessische Presse 23-09-2017		
2.6 Seite 37	Sensibilisierung von regionalen Unternehmen und mehr Beschäftigungsangebote schaffen	1. - Information an in Marburg ansässige Unternehmen zur Integration und Inklusion von Menschen mit Behinderungen in das Arbeitsleben: geplant für das 2. Halbjahr 2018 - Information zur Thematik in Gesprächen zur Neugründung von Unternehmen: bisher noch nicht umgesetzt - Information zur Thematik auch bei ansiedlungswilligen Unternehmen von außerhalb: bisher noch nicht umgesetzt 2. - Fortführung der genannten Punkte und Ziele - Ausweitung auf die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen: ist bisher nicht erfolgt - geplant ist eine Informationsveranstaltung für Unternehmen im 2. Halbjahr 2018	Stadt Marburg, Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung	fortlaufend 2018 2. Halbjahr 2018
2.7 Seite 38	Förderung von Frauen mit Behinderungen bzw. von Frauen, die von Behinderung bedroht sind innerhalb der Stadtverwaltung	1. - statistische Daten zum Umsetzungsstand des Frauenförderplans wurden erhoben - die Daten werden aktuell ausgewertet 2. - im ersten Quartal 2018 soll ein Zwischenbericht vorliegen - der bestehende Frauenförderplan wird nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz ergänzt	Stadt Marburg, Gleichberechtigungsreferat Stadt Marburg, Fachdienst Personal-, Organisations- und Beteiligungsmanagement	begonnen 1. Quartal 2018

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
2.8 Seite 39	Verbesserung der Integration von schwerbehinderten Menschen mit psychischer Beeinträchtigung im Leistungsbezug des SGB II	1. - Vermittlung von 78 schwerbehinderten Menschen mit psychischer Beeinträchtigung – davon 47 aus dem Rechtskreis des Sozialgesetzbuches II (Ziel des Projektes Vermittlung von 40 schwerbehinderten Menschen insgesamt) 2. - das Projekt endete am 31.12.2017 - die durch das Projekt gewonnen Erkenntnisse im Umgang mit psychisch beeinträchtigten Kunden werden bei der Planung für ein neu vorgesehenes Projekt im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes mit eingebracht - das geplante Projekt soll Menschen mit erheblichen gesundheitlichen Einschränkungen unterstützen und „präventive“ Aspekte mitberücksichtigen	Landkreis Marburg-Biedenkopf KreisJobCenter	befristetes Projekt wurde am 31.12.2017 abgeschlossen
2.9 Seite 40/41	Intensivierung der Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren für die Inklusion von erwerbsgeminderten Menschen im Sozialhilfebezug 	1. - Vorstellung des „Raus ins Leben“-Angebotes im Rahmen des Bündnisses für Familie, in der AG „Familie und Armut“. - Vorstellung des Angebotes im Rahmen des „Netzwerkes Inklusion in Arbeit“, zur Gewinnung der Netzwerkbotschafter - Präsentation des Angebotes im Rahmen des „Netzwerkes Inklusion in Arbeit“, begleitend zum „Business Talk“ der Arbeitsagentur - Überarbeitung und Veröffentlichung der Präsentation „Raus ins Leben“ - Vorstellung des „Raus ins Leben“-Angebotes im Rahmen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Marburg, e.V. - Erstellung des neuen „Raus ins Leben“ Flyers in Kooperation mit einer EX-IN Auszubildenden,	Stadt Marburg Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen, Fachdienst Soziale Leistungen	neuer Flyer liegt seit 11/2017 vor weitere Vorstellungen des Angebotes in 2018 geplant

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		während ihres Praktikums bei „Raus ins Leben“ (Ausbildung EX-IN: Psychiatrieerfahrene Menschen werden als Genesungsbegleiter ausgebildet) 2. - Überprüfung möglicher innovativer Effekte durch das neue BTHG/Budget für Arbeit		
2.10 Seite 42	Chancengleiche Arbeitsmarktin-tegration durch blista-Projekte	1. - 12 arbeitssuchende Teilnehmende mit Blindheit und Sehbehinderung gewonnen, die Unterstützung beim (Wieder-) Einstieg in den Beruf möchten - bei der Teilnehmergewinnung würde verstärkt darauf geachtet, dass Frauen sich angesprochen fühlen - das Konzept und die Instrumente wurden entsprechend überprüft - seither werden im Schnitt genauso viele Frauen gewonnen wie Männer - hierbei wurde eng mit dem KreisJobCenter des Landkreises Marburg-Biedenkopf kooperiert - auch in der neu etablierten Kooperation mit dem Gleichberechtigungsreferat der Stadt Marburg wurde ein Unterstützungskonzept entwickelt, um den arbeitssuchenden Teilnehmerinnen durch Praktika den Einstieg in Ausbildung, Studium oder Beruf zu erleichtern	Rehabilitationsein-richtung der blista Reha-Beratungszentrum/ KreisJobCenter, Reha-Abteilung, Landkreis Marburg-Biedenkopf	umgesetzt
2.11 Seite 43/44	Das Netzwerk Inklusion Arbeit verstärkt seine Lobbyarbeit	1. - vier Botschafter wurden gewonnen und ernannt: • Erster Kreisbeigeordneter, Herr Marian Zachow • Oberbürgermeister der Stadt Marburg, Herr Dr. Thomas Spies	Paritätischer Wohlfahrtsverband, Region Mittelhessen und	fortlaufend

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		Meldung auf der Homepage der Stadt: https://www.marburg.de/portal/meldungen/ob-ist-neuer-botschafter-fuer-inklusion-in-arbeit-900001899-23001.html?rubrik=900000004 • Leiter der Agentur für Arbeit Marburg, Herr Breustedt • Leiterin des Kreisjobcenters, Frau Martin - zwei Botschafter haben bei Unternehmen gezielt für Inklusion geworben (Veranstaltung, Anschreiben) - unterstützende Statements für aktive Botschaftertätigkeit entwickeln 2. - Zugang zu Netzwerk(-partnern) erleichtern, zum Beispiel über gemeinsame Website	Arbeit und Bildung e.V., Integrations-fachdienst	
3.1 Seite 46/47	Umsetzung des Marburger Wohnraumversorgungskonzeptes	1. - Intensivierung des geförderten Wohnungsbaus - Quotenregelung für geförderten Wohnungsbau im privaten Wohnungsbau - Planung von mehr barrierefreien Wohnungen im geförderten und privaten Wohnungsbau - barrierefreie/barrierearme Wohnumfeldgestaltung bei Wohnungsneubaumaßnahmen **Sozialwohnungsbestand zum 15.02.2018** - 2.247 Wohnungen - 27 Wohnungen mehr als in 2017 - Neubau: 82 Wohnungen (GWH: 61, S + S: 21) 2. - Fortführung bei allen weiteren Baumaßnahmen - Ausweitung auf Maßnahmen im Bestand	Stadt Marburg, Wohnungsunter-nehmen und private Investoren	fortlaufend bei allen neuen Bauprojekten

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		Perspektive - GeWoBau: - Neubau von Sozialwohnungen angedacht - genauer Umfang steht noch nicht fest - geplant sind Anpassungen/Umbauten im Bestand im Umfang von ca. 10 Wohnungen pro Jahr **Perspektive - GWH:** - Neubau öffentlich gefördert: bis Ende 2019 + 125 neue Wohnungen, also geplanter Bestand bis Ende 2019: 624 Wohnungen - alle neuen Wohnungen sind barrierefrei **Runder Tisch „Preiswerter Wohnraum“** zur Umsetzung des Wohnraumversorgungskonzeptes - 26. April um 17 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal - Darstellung der Gesamtentwicklung und Bauprojekte		2018/2019 26.04.2018
3.2 Seite 48	Barrierefreies Bauen und barrierefreie Ausstattung als Standards	1. - Prüfung, ob bei beantragten Bauvorhaben die Anforderungen der Hessischen Bauordnung (HBO), der technischen Baubestimmungen und der einschlägigen Normen beachtet werden - Bauanträge werden der Behindertenbeauftragten zur Stellungnahme vorgelegt - Erarbeitung individueller Standards 2. - Handlungsansatz wird in dieser Form weitergeführt	Stadt Marburg, Fachbereich Planen, Bauen, Umwelt	begonnen, kontinuierlich erweitert, fortlaufend
3.3 Seite 49	Aktualisierung der Broschüre“ Wohnungssuche in Marburg für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung“	1. - Textüberarbeitung: in Arbeit 2. - Integration des Textes in eine Broschüre zum Thema Wohnungsanpassung (angefragt) - Recherche - Gesamtredaktion	Stadt Marburg, Pflegebüro/ Fachstelle für Wohnberatung	begonnen Planung: bis Ende 2018

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
3.4 Seite 50	Netzwerk „Best-Practice“ für ein barrierefreies Zuhause	1. - Verzeichnis von Best Practice-Beispielen Wohnberatung - Sammlung von Fotos (begonnen) 2. - Erstellung einer Datenbank (angefragt)	Stadt Marburg, Pflegebüro/ Fachstelle für Wohnberatung	begonnen Planung: bis Ende 2018
3.5 Seite 51	Anpassungsmaßnahmen in Wohnungen und im Wohnumfeld → und solange wie möglich selbstbestimmt in der eigenen Wohnung leben	1. - bisherige dokumentierte Anpassungen in Bestandswohnungen zum Stand Januar 2018: die Zahl der Anpassungen hat sich auf 76 erhöht 2. - Anpassungsmaßnahmen in Wohnungen und im Wohnumfeld im Rahmen von Wiedervermietungen und im Neubau	Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Marburg-Lahn	fortlaufend im Rahmen von Wiedervermietungen und im Neubau
3.6 Seite 52	Runde Tische zu Hochbaumaß-nahmen und Verkehrsprojekten	1. - “Runder Tisch“ zu Hochbaumaßnahmen und „Runder Tisch“ zu Verkehrsprojekten, bei denen öffentliche Maßnahmen dem betreffenden Personenkreis durch städtische Mitarbeiter und externe Planungsbüros vorgestellt werden - Mitwirkende werden benannt bzw. bekunden Interesse - der „Runde Tisch“ arbeitet nach dem Konsensprinzip 2. - Handlungsansatz wird in dieser Form weitergeführt	Stadt Marburg, Fachbereich Planen, Bauen, Umwelt	fortlaufender Prozess, seit 1998
3.7 Seite 53/54	Barrierefreiheit der Universitäts-gebäude a) Gebäudeerfassung hinsichtlich der Zugänglichkeit	**a) Gebäudeerfassung hinsichtlich Zugänglichkeit** 1. - Aktualisierungsaufgaben auch hinsichtlich der durch Umzug von Teilen einzelner Fachbereiche bzw. ganzer Fachbereiche geänderten räumlichen Zuordnung 2. - Auflistung aktuell halten	Philipps-Universität Marburg, Service-stelle für behinderte Studierende (SBS)	fortlaufend

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
	b) Handreichungen zum barriere-freien Bauen an der Philipps-Universität	**b) Handreichungen zum barrierefreien Bauen an der Philipps-Universität** 1. - Erarbeitung eines Standards für die Ausstattung von barrierefreien Toiletten für Gebäude der Philipps-Universität - die Festlegungen bzw. Konkretisierungen basieren auf den Handreichungen zum barrierefreien Bauen an der Philipps-Universität der Servicestelle für behinderte Studierende (SBS) 2. - Entwicklung weiterer baulicher Standards	Dezernat IV Ge-bäudemanagement und Technik	fortlaufend
	c) Konzeption zur Gestaltung behindertengerechter Aufzugsan-lagen	**c) Konzeption zur Gestaltung behindertengerechter Aufzugsanlagen** 1. - Technische und sonstige Weiterentwicklungen in bestehendes Grundlagenpapier einarbeiten	Dezernat IV (Aufzugs- und För-dertechnik)	fortlaufend
3.8 Seite 55	Barrierefreie Bushaltestellen und Fahrgastinformationssystem	1. - Bushaltestellen werden nach und nach barrierefrei umgerüstet und in Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Marburg Consult GmbH mit einem Dynamischen Fahrgastinformationssystem (DFI) ausgestattet 2. - Handlungsansatz wird in dieser Form weitergeführt mit dem Ziel, dass in Zukunft alle Bushaltestellen barrierefrei ausgestattet sind - alle stark frequentierten Bushaltestellen sollen mit einem DFI versehen werden	Stadt Marburg, Fachbereich Planen, Bauen, Umwelt und Stadtwerke Mar-burg Consult GmbH	begonnen fortlaufend
3.9 Seite 56	Barrierefreier öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	1. - es wurde geprüft, wie das gesamte Angebot, das von den Stadtwerken, dem RNV und dem RMV angeboten wird, in Zusammenarbeit mit dem RNV und dem RMV an allen ausgerüsteten Haltestellen dargestellt und auch in die APP übernommen werden kann	Stadtwerke Marburg	erledigt, abgeschlossen

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		2. - die Dynamische Fahrgastinformation wird für die Fahrgäste weiter ausgebaut		fortlaufend
4.1 Seite 58	Städtische Sportanlagen barriere-frei gestalten und vereinseigene Anlagen baulich verbessern	1. - Aufstellen eines barrierefreien Informationssystems für Blinde und Sehbehinderte (Taktile Leit- und Orientierungsübersicht des gesamten Stadionbereiches) - Beratung und Unterstützung der Sportvereine bei der Umsetzung von geplanten Projekten 2. - Teilnahme an Seminaren/Tagungen, die rund um das Thema „barrierefreie Sportstätten“ angeboten werden - Bestandsaufnahme hinsichtlich der auf Inklusion ausgerichteten Bau- und Ausstattungs-Maßnahmen an allen städtischen Sportanlagen	Stadt Marburg, Fachdienst Sport	fortlaufend
4.2 Seite 59	Qualifizierungs- und Beratungs-programm für Sportvereine	1. - Förderung von Vereinen, die Sportangebote für Menschen mit Behinderung schaffen und aufrecht erhalten - Förderung von Vereinsmaßnahmen, Kooperationen und Projekte, die das Ziel haben, Menschen mit Behinderung in Sportvereine zu integrieren 2. - Ausweitung der Schul-AG´s mit dem Schwerpunkt „Inklusion von Menschen mit Behinderung“	Stadt Marburg, Fachdienst Sport	fortlaufend
4.3 Seite 60	Tandem-Teaching Ansatz der blista und der Philipps-Universität in Judokursen für unbegleitete minderjährige Ausländer/-innen	1. - das Pilotprojekt lief nach entsprechender Werbung und Abklärung formaler Aspekte erfolgreich - die im Aktionsplan formulierten Ansätze und Ziele sind im Zeitraum des einjährigen Pilotprojektes bis auf einen Aspekt (s. 2.) erreicht worden	Deutsche Blinden-studienanstalt (blista e.V.)	Projekt ist beendet

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
	Projekt PITT – Prävention und Integration nach einem Tandem-Teaching Konzept der blista und der Sportfreunde BG Marburg sowie der Philipps-Universität angewendet in Judo-kursen für unbegleitete minderjähr-rige Ausländer/-innen	• <u>Genderaspekte</u> (Unterrichten im Tandem) Selbstverständliche und gleichberechtigte Ko-operation zwischen Frauen und Männern in der Trainerrolle • <u>Inklusionsaspekte</u>: Selbstverständliche und gleichberechtigte Ko-operation und Hilfestellung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung in der Trainerrolle • <u>Integration</u>: - Wertevermittlung (Judowerte) durch das Erle-ben von Gemeinschaft auch in geregelten spie-lerischen Zweikampfsituationen - Vermittlung sozialer und kultureller Werte so-wie das praktische Umgehen mit Unterschieden - im Zeitraum des Pilotprojekts konnte ein Kurs für männliche Teilnehmer realisiert werden • die männlichen Teilnehmer waren keine Kinder, sondern eher ältere Jugendliche oder junge Er-wachsene • obwohl einer unserer Trainer arabisch spricht, orientierte sich der Teilnehmerkreis hauptsäch-lich am vertrauten Dolmetscher • gegen Ende der Pilotmaßnahme blieb die ge-samte Trainingsgruppe wegen der Fastenzeit Ramadan vom Kurs fern 2. - Überlegungen nach dem Abschluss des Pilotpro-jektes: obwohl eine kleine Gruppe interessierter Mädchen vorhanden war, gab es Vorbehalte und Ressourcen bedingte Gründe, aus denen heraus ein Kurs für diese Mädchen bisher nicht umgesetzt werden konnte	Judo-Verein: Sportfreunde Blau-Gelb Marburg e.V. (Abteilung Judo)	weitere PITT-Kurse sind aktuell nicht geplant

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		Fazit: - mittlerweile wäre es sicherlich sehr viel einfacher möglich, interessierte minderjährige Schülerinnen und Schüler durch direkte Informationsvermittlung beispielsweise in Intensivklassen für eine Teilnahme an neuen Judo PITT-Kursen zu begeistern		
4.4 Seite 61	Inklusive Angebote in den städtischen Bädern	**a) Aquajogging für sehbehinderte Menschen** 1. - im Winter/Frühjahr 2016/2017 haben zwei Kurse Aquajogging für sehbehinderte Menschen im AquaMar stattgefunden - dies findet auch im Winter 2017/2018 statt Kursleitung: Frau Dr. Ditta Nölling **b) Rehabilitationskurse** 1. - der Verein burki e. V. aus Kirchhain hat Hallenzeiten im Hallenbad in Wehrda und führt dort Rehabilitationskurse für Menschen mit entsprechender Verordnung durch - seit April 2017 werden solche Kurse auch durch eine unserer Mitarbeiterinnen durchgeführt **c) Special Olympics** 1. - Planung der Special Olympics - Durchführung der Special Olympics im September 2017 mit Wettkämpfen und Angeboten im AquaMar **d) Umbau der Duschen im AquaMar** 1. - im September 2017 wurden die Duschen im Sport- und Freizeitbad umgebaut - beim Kauf der neuen Duschen wurde der Hinweis von Mitgliedern des Behindertenbeirates beachtet, keine berührungslosen Duschsysteme anzuschaffen	Stadt Marburg, Fachdienst Städtische Bäder, Sport- und Freizeitbad AquaMar in Verbindung mit dem TSV Cappel Sport- und Freizeitbad AquaMar in Verbindung mit burki e. V. Sport- und Freizeitbad AquaMar und Special Olympics Hessen Städtische Bäder	fortlaufend Winter 2017/2018 fortlaufend die Special Olympics haben im September 2017 stattgefunden umgesetzt im September 2017

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
4.5 Seite 62	Pilotprojekte Kultur und Inklusion	1. - für das Kooperationsprojekt „Join the Band“ ist von den Fachdiensten Kultur und Jugendförderung in Zusammenarbeit mit Musikschule, der Blista, der Mosaikschule 2017 eine neue inklusive Konzeption entwickelt worden - das Projekt „Join the Band“ wurde im November 2017 in Kooperation mit der Jugendförderung, Mosaikschule und blista inklusiv durchgeführt - die gemachten Erfahrungen werden reflektiert und bei der Wiederholung des Projektes im Jahr 2018 umgesetzt - die Führungen speziell für Sehbehinderte und Blinde im Rahmen von Ausstellungen, die der Fachdienst Kultur zu verantworten hat, werden in Zukunft bei Großausstellungen weiter angeboten werden 2. - im April 2018 führt der Fachdienst Kultur unter dem Titel „Klasse - Kampf“ eine Ausstellung zum Thema 50 Jahre 1968 durch. Durch die mediale Aufbereitung ist die Ausstellung zum Teil bereits inklusiv. Führungen für Sehbehinderte und Blinde werden die fehlenden Bereiche ergänzen	Stadt Marburg, Fachdienst Kultur Kooperation mit dem Fachdienst Jugendförderung	Projektdurchführung im November 2017 Wiederholung des Projektes in 2018 zukünftig dauerhaft April 2018
4.6 Seite 63/64	Veranstaltung und Auswertung einer barrierefreien, interaktiven Ausstellung als Ausgangspunkt für weitere inklusive Angebote	1. - im Rahmen des Ausstellungsprojektes sind die folgenden beiden Aufgaben sehr erfolgreich und mit großer Medienresonanz durchgeführt worden: • Auseinandersetzung der Besuchenden mit der visuellen Welt • interaktiven und inklusiven Austausch anregen	Deutsche Blinden-studienanstalt e.V. (blista**)**	Ausstellungsprojekt durchgeführt umgesetzt

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		- die folgenden Punkte sind fortlaufende Aufgaben, ein Beispiel ist etwa das in diesem Jahr laufende Projekt „Hürdenlauf“, dessen Konzept 2016 mit dem Jürgen Markus Preis ausgezeichnet wurde: • weitere inklusive Angebote entwickeln • Wege zu einer inklusiven Gesellschaft weiter gehen		Entwicklung weiterer Angebote - fortlaufend
4.7 Seite 65/66	Inklusive Freizeitprojekte mit Schwerpunkt Musik in Kooperation mit lokalen Partnerinnen und Partnern der Behindertenhilfe	**a) planen, organisieren und durchführen inklusiver Freizeitprojekte mit dem Schwerpunkt Musik in Kooperation mit lokalen Partnern der Behindertenhilfe (Lebenshilfe, fib e.V., blista)** 1. - Ferienprojekte mit dem Familienentlastenden Dienst des Lebenshilfewerks Marburg/Biedenkopf sind mehrfach realisiert worden - weitere Ferienprojekte wurden 2017 umgesetzt: inklusives Join the Band Projekt, inklusives Zirkusprojekt **b) regelmäßige Planung und Reflexion inklusiver Ansätze in der Fachbereichssprecherkonferenz** 1. - dieser Punkt ist fester Bestandteil unserer Arbeit 2. - diese Arbeit wird fortgesetzt **c) regelmäßiges Hinzuziehen von Expertinnen und Experten aus Praxis und Theorie der Behindertenhilfe (Betroffene) zur Verbesserung inklusiver Ansätze** 1. - dieser Punkt ist fester Bestandteil unserer Arbeit 2. - diese Arbeit wird fortgesetzt	Musikschule Marburg e.V. Familienentlasten-den Dienst des Lebenshilfewerks Marburg/ Biedenkopf (FED) Musikschule Marburg e.V.	Beginn 2016, fortlaufend fortlaufend fortlaufend

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
4.8 Seite 67/68	Inklusives Malatelier für junge Leute	1. - die Erfahrungen sind sehr positiv: der Abbau von wechselseitigen Hemmschwellen findet statt, die teilnehmenden jungen Leute verstehen sich - sie stehen in regem Austausch, gründeten etwa eine WhatsApp-Gruppe und unternahmen sogar einen ersten gemeinsamen Ausflug in eine Ausstellung in Frankfurt - gemeinsame Aktivitäten (wie die Realisierung einer ständigen Ausstellung in öffentlichen Räumen der blista) und Freundschaften werden über das Malatelier angeregt - eine Stärkung des Selbstbewusstseins unserer Schülerinnen und Schüler wird von unseren pädagogischen Kolleginnen und Kollegen zurückgemeldet - die Förderung durch das Netzwerk Inklusion ist ausgelaufen; es besteht das Interesse, die Finanzierung weiterhin zu sichern	Deutsche Blinden-studienanstalt e.V. (blista)	umgesetzt
4.9 Seite 69	Zugang zur Literatur und kulturel-le Teilhabe ermöglichen durch die Hörbücherei vor Ort und Lesungen	1. - die genannten Maßnahmen wurden erfolgreich und mit großer Resonanz durchgeführt: a) um den Bekanntheitsgrad des Angebotes zu erhöhen, organisierten wir eine gemeinsame Lesung mit der „Lehmanns Media GmbH“ mit dem Autor Andreas Pflüger aus seinem Thriller „Endgültig“ b) zudem nutzten wir das Angebot der Buchhandlung, dass wir mehrere Wochen ein Fenster des Buchladens gestalten können - der Handlungsansatz wird grundsätzlich und in vielfältigen Formen/Projekten fortlaufend verfolgt - im hier beschriebenen Rahmen ist das Projekt abgeschlossen	Deutsche Blinden-studienanstalt e.V. (blista)	umgesetzt Projekt abgeschlossen

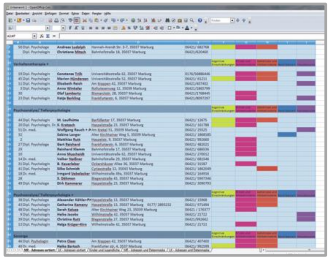
Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
4.10 Seite 70	Inklusive Angebote der städtischen Jugendförderung	**Saisonale inklusive Angebote der Jugendförderung** 1. - für die offenen Angebote wurde ein Flyer in einfacher Sprache entwickelt - innerhalb der Sommerferien wurde gemeinsam mit allen Kooperationspartnern eine Freizeit in Prillwitz angeboten, an der Behinderte und Nichtbehinderte teilnehmen konnten - im Rahmen des Arbeitskreises Inklusion – fib e.V. und Jugendförderung - treffen sich seit Ende 2017 Akteure aus den verschiedenen Arbeitsbereichen regelmäßig zum Informationsaustausch 2. - Zugänge zu den Angeboten erleichtern - verlässliche Strukturen schaffen (Schnittstelle) - Transparenz für Erziehungsberechtigte und Teilnehmende - gegenseitige Benennung von Ansprechpartnern in den verschiedenen Arbeitsbereichen - personelle Kontinuität - gemeinsame Fortbildungen und Schulungen - Bedarfe sollen benannt werden - Kompetenzen werden gebündelt **Freizeiten** 1. - die Freizeitangebote der städtischen Jugendförderung sollen möglichst für alle Marburger Kinder und Jugendlichen zugängig sein - es besteht für die Freizeit Mecklenburg eine enge Kooperation zwischen fib e.V., Landkreis, Blista und bsj e.V. Zerum Ueckermünde - um den Zugang für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigung zu erleichtern, sollen die Maßnahmen gezielt beworben werden	Stadt Marburg, Fachdienst Jugendförderung	begonnen seit Ende 2017 begonnen

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		2. - Vorstellung der Angebote zum Tag der offenen Tür an der Blista Marburg - Vorstellung der Angebote im Rahmen von Informationsveranstaltungen des fib e.V. **Ferienpass** 1. - der Ferienpass ist ein Veranstaltungskalender in den Sommerferien für Marburger Kinder und Jugendliche im Alter von 6-16 Jahren - seit 2010 ist hier eine enge Zusammenarbeit mit dem fib e.V. entstanden, so dass zwischen 10-16 Kinder und Jugendliche an den Angeboten teilhaben 2. - der oben erwähnte Arbeitskreis soll die Zugänge zu den Ferienpassangeboten erleichtern - gegenseitiger Informationsaustausch, auch der individualisierte Blick Kind/Jugendlicher versus Angebot verbessert die Qualität für die/den Einzelne/-n - die inhaltliche Einbindung der Assistenzen soll möglichst frühzeitig erfolgen		begonnen in Arbeit
4.11 Seite 71	Barrierefreie Freizeitangebote für Mädchen im Haus der Jugend	1. - Treffen des Fachdienstes Jugendförderung, des Gleichberechtigungsreferates und des fib e.V. zu Freizeitangeboten für Mädchen mit Behinderung im Oktober 2017 - ein weiteres Treffen des städtischen Fachdienstes Jugendförderung und des fib e.V. hat stattgefunden - die Angebote der Jugendförderung wurden vorgestellt, ihre Zugänglichkeit für Kundinnen und Kunden des fib e. V. und Assistenz-Bedarfe wurden Besprochen	Stadt Marburg, Fachdienst Jugend-förderung (Feder-führung) Stadt Marburg, Gleichberechti-gungsreferat (beratend)	begonnen

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		- für Angebote für Mädchen, zum Beispiel den Internationalen Mädchentag (IMT) wurde geworben → eine Arbeitsgruppe zum regelmäßigen Austausch von Jugendförderung und fib e.V. wurde eingerichtet - über den fib e. V. wurden Mädchen mit Behinderung gezielt über den Internationalen Mädchentag am 29. Oktober 2017 informiert - circa 12 Mädchen mit Behinderung besuchten den IMT - über das Projekt „Inklusion bewegt!“ konnten Assistenz-Kosten gedeckt werden - insgesamt nahmen etwa 150 Mädchen am IMT teil 2. - das nächste Treffen der Arbeitsgruppe ist im Frühjahr 2018 geplant - die Zusammenarbeit soll für den IMT 2018 fortgeführt werden		Frühjahr 2018
4.12 Seite 72/73	Entwicklung von gruppenspezifischen touristischen Angeboten zu den Marburger Sehenswürdigkeiten	**a) Angebote: kulturhistorische Routen für blinde und sehbehinderte Menschen** 1. - Erarbeitung von vier kulturhistorischen Routen in der Stadt Marburg für blinde und sehbehinderte Menschen - für die Elisabethkirche und das historische Umfeld stehen jeweils gesonderte 12 taktile Folien zur Verfügung, die während einer Gästeführung den Aufbau der Kirche und das Deutschordensgelände besser erfahrbar machen - die Folien können auch von Einzelpersonen im Tourismusbüro ausgeliehen werden 2. - kontinuierliche Aktualisierung der Routen	Verein Marburg für Alle e.V. in Zusammenarbeit mit Mobilitätstrainern Zusammenarbeit mit Betroffenen Buchungen über: Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH (MSLT)	abgeschlossen Aktualisierung der Routen fortlaufend

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		b) Rampen - Rampen am Bootsverleih wurden installiert - diese funktionieren und werden gut angenommen	Stadt Marburg	abgeschlossen
		c) Bronze-Tastmodell 1. - Beschaffung eines Bronze-Tastmodells der Lutherischen Pfarrkirche St. Maria in Marburg - zurzeit bemüht sich der Verein um die Realisierung des Tastmodells, der Plan ist mit Pfarr. Biskamp abgestimmt, ein Kostenvoranschlag ist erstellt nun gilt es das benötigte Geld einzuwerben	Luth. Kirchenge-meinde	2018/2019
		d) Leichte Sprache 1. - das Routenbegleitheft „Einfach Marburg“ - Ein Stadt-Rundgang in Leichter Sprache liegt vor - das Heft ist kostenlos bei der MSLT zu erwerben	Verein Marburg für Alle e.V.	abgeschlossen
		e) Schulung von kognitiv eingeschränkten Personen zu Gästeführer*innen 1. - Überlegungen kognitiv eingeschränkte Personen zu Gästeführer*innen auszubilden, dazu gab es Gespräche mit dem Zentrum für Leichte Sprache der Lebenshilfe Landesverband Hessen e. V. - das Projekt wurde aufgegeben, da der Verein die Nachhaltigkeit nicht sichern kann		aufgegeben
		f) Marburg auf leichten Wegen 1. - die überarbeitete 2. Auflage des Routenbegleithefts: Marburg auf leichten Wegen liegt vor 2. - regelmäßige Überarbeitung bis 2021		abgeschlossen

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		g) Verbesserung der Ruhemöglichkeiten 1. - Verbesserung der Ruhemöglichkeiten entlang der touristischen Routen 2. - Abklärung mit der Stadt Marburg **h) Vertiefende Schulungen von Gehörlosen zu Gästeführer*innen** 1. - die neuen Kollegen haben bisher eine Basisausbildung erhalten und werden als Gästeführer*innen von der MSLT eingesetzt 2. - der Grundausbildung folgt für die Bereiche: Landgrafen-Schloss, Universitätsgeschichte, Pfarrkirche sowie Methodik und Didaktik der Gästeführung ein vertiefender Ausbildungsgang **i) Beschaffung eines Tourguide Systems** - Beschaffung eines Tourguide Systems für schwerhörige Gäste	Verein Marburg für Alle e.V. mit Gebärden-dolmetscherin	2018 März 2018 2018/2019
4.13 Seite 74/75	Qualifizierung und Weiterbildung von Gästeführerinnen und Gästeführern in der Universitäts-stadt Marburg	1. - der Ausbildungsgang barrierefreier Kommunikation liegt einige Jahre zurück, eine Auffrischung ist sinnvoll, inzwischen sind auch neue Gästeführer*innen ausgebildet worden - diese sollten unbedingt eine Einführung in barrierefreie Kommunikation erhalten, auch Schulungen zu den anderen barrierefreien Spezialrouten sind notwendig, soll der erreichte Standard erhalten und ausgebaut werden 2. - Klärung der Finanzierung für die notwendigen Weiterbildung, dazu Gespräche mit der MSLT - nach Klärung der Finanzen Erarbeitung eines Ausbildung-Kurrikulums - Schulungen über 6 Monate	Arbeitskreis Mar-burger Gästeführ-rer*innen Verein Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH (MSLT) Marburg für Alle e.V.	2018

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
5.1 Seite 77	Verbesserung der ambulanten medizinischen Versorgung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität in Marburg, insbes. Die gynäkologische Versorgung für Frauen	1. - Vorgespräch mit Projektleitung „Gesunde Stadt“ 2. - Planungstreffen im 1. Halbjahr 2018	Stadt Marburg, Projektleitung „Gesunde Stadt“ und Stadt Marburg, Gleichberechti-gungsreferat (Kooperationspart-nerin)	für 2018 geplant
5.2 Seite 78/79	Datenbank zur barrierefreien psychologischen Betreuung 	1. - Informationen vor Ort für Ratsuchende abrufbar - bedarfsgerechte Übermittlung von Informationen an Unterstützungssuchende 2. - Auswertung der Nutzungsfreundlichkeit und konzeptionelle Weiterentwicklung - Informationsverbreitung der Existenz einer solchen Datenbank bei Multiplikator_innen und Menschen mit Behinderungen - Konzepterstellung für eine webbasierte Nutzung einer solchen Datenbank	Frauennotruf Marburg e.V.	fortlaufend
5.3 Seite 80/81	Recovery College - die Entwick-lung einer Volkshochschule für seelische Gesundheit und Genesung	1. - Planung einer Veranstaltungsreihe mit der VHS zum Thema „Seelische Gesundheit“ - Kontaktaufnahme mit Universitäten (Philipps-Universität Marburg, GesamtHochschule Siegen, University of Applied Sciences Frankfurt) - Ziel ist ein umfassender Antrag bei „Aktion Mensch“ für ein Recovery College (Akademie) in Marburg	EX-IN-Hessen e.V. und Stadt Marburg, Volkshochschule	

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		- Vorgespräche mit der VHS-Leitung - Podiumsdiskussion am 10.11.2017 im Hörsaalgebäude der Universität zum Thema „Brauchen psychisch kranke Medikamente?“ - Fortsetzung der Veranstaltungsserie geplant 2. - dringende Suche nach einem geeigneten Büro in der Stadt Marburg für Ex-In, um die bisherige Arbeit fortsetzen zu können - die bisherige gemeinsame Nutzung des „Väter-Büros“ am Erlenring ist nicht mehr möglich		Veranstaltung fand im November 2017 statt 2018
5.4 Seite 82	Einrichtung einer kooperativen Peerberatungsstelle	1. - Beschäftigung einer telefonischen Rehaberaterin, die Klienten des Rehaberatungszentrums der blista über die Unterstützungsangebote der Blickpunkt-Auge-Beratungsstelle informiert, Termine mit den zuständigen Beratern vereinbart und die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den professionellen und ehrenamtlichen Beratern koordiniert - gemeinsame öffentlichkeitswirksame Aktionen um das Angebot einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, beispielsweise eine Vortragsveranstaltung im Rahmen der Woche des Sehens im November 2017	Rehabilitationseinrichtung der blista Reha-Beratungszentrum/ Bezirksgruppe Marburg BSBH/ Blinden- und Sehbehindertenbund in Hessen e.V. (BSBH)	umgesetzt
5.5 Seite 83/84	Entwicklung eines Angebotes ambulanter (Nacht-)Pflege	1. - Arbeitskreis zur Projektentwicklung seit 2016 - Konzept liegt vor 2. - Kooperations- und Umsetzungspartner PPP der DRK-Schwesternschaft ist wegen gesetzlicher Neuregelung (AN-Entsendegesetz) plötzlich und unerwartet nicht mehr verfügbar, so dass eine neue nicht in Sicht befindliche Konstruktion/Lösung zu finden ist	Stadt Marburg, Altenplanung	begonnen

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
6.1. Seite 86	Bürger/innenkommunikation und Öffentlichkeitsarbeit barrierefrei gestalten und Informationen in Leichte Sprache übersetzen	1. - für ausgewählte Berichte und Broschüren der Stadt sowie Beiträge des Stadtmagazins wird eine Übersetzung in Leichte Sprache angestrebt. Das gilt für Themen, die für die Stadtgesellschaft von zentraler Bedeutung sind, die mittel- oder langfristig Gültigkeit haben oder sich thematisch an Menschen mit Behinderungen richten. - eine komplette Übersetzung aller tagesaktuellen Mitteilungen ist aufgrund von Umfang und kurzer Fristen nicht realisierbar - fortlaufend ab dem 2. Halbjahr 2017, wenn Haushaltsmittel für die Übersetzung in Leichte Sprache zur Verfügung stehen	Stadt Marburg, Fachdienst Presse- und Öffentlichkeitsarbeit & Bürger/innen-kommunikation	fortlaufend ab dem 2. Halbjahr 2017
6.2. Seite 87	Stadtmagazin „Studier mal Marburg“ hörbar und städtische Printpublikationen fühlbar machen	1. Das PDF-Format soll in die einfache Vorlesefunktion des Internetauftrittes eingebunden werden. 2. In Rücksprache mit der Blindenstudienanstalt soll geprüft werden, ob und in welchem Fall Printpublikationen auch im Braille-Schrift erforderlich und sinnvoll sind.	Stadt Marburg, Fachdienst Presse- und Öffentlichkeitsarbeit & Bürger/innen-kommunikation in Rücksprache mit Fachdienst Technische Dienste	2017 anlassbezogen
6.3 Seite 88	Standards für inklusive Bürger/innenbeteiligung erarbeiten	1. - öffentliche Auftaktveranstaltung am 29.04.2017, bei deren Planung Verantwortliche des Runden Tisches Barrierefreiheit des städtisches Fachbereichs „Planen, Bauen und Umwelt“ sowie der Behindertenbeirat einbezogen worden sind	Stadt Marburg, Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung,	

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		- im Rahmen der Erarbeitung eines Marburger Konzepts zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern befasste sich eine Arbeitsgruppe unter dem Stichwort „Inklusion und Vielfalt“ mit der Frage, wie möglichst viele und unterschiedliche Marburgerinnen und Marburger für eine Teilnahme an Beteiligungsprozessen gewonnen werden können - die Ergebnisse der Arbeitsgruppe enthalten auch Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Barrierefreiheit in Beteiligungsprozessen und zum Abbau von Hürden, eine wichtige Rolle spielt dabei die Nutzung einer verständlichen Sprache. 2. - diese Vorschläge werden nun im weiteren Verlauf des Prozesses diskutiert und auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft - auf dieser Basis wird ein Gesamtkonzept erstellt, dass Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt sowie von der Stadtverordnetenversammlung beraten und verabschiedet wird		Ergebnisse der Arbeits-gruppe liegen vor Standards sollen bis Ende 2018 vorliegen
6.4 Seite 89	Einrichtung einer Beschwerde-stelle für Barrierefreiheit 	1. - Internetseite mit Eingabefeld erstellt: → www.marburg.de/barrierenmelder - Infokarte mit Brailleschrift fertiggestellt und in verschiedenen Gebäuden der Stadtverwaltung ausgelegt - Pressetermin zur Vorstellung der Beschwerdestelle/des Barrierenmelders hat im September 2017 stattgefunden Link zur Berichterstattung: → https://www.marburg.de/portal/meldungen/neue-beschwerdestelle-fuer-barrierefreiheit-900002815-23001.html?rubrik=900000004	Stadt Marburg, Fachdienst Soziale Leistungen, Behindertenhilfe	abgeschlossen

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
6.5 Seite 90	Anlagen zu Bewilligungsbescheiden in Leichter Sprache	1. - Bildung einer Arbeitsgruppe im Juni 2017 - ein üblicher Bescheid-Text wurde in einzelne Text-Bausteine zerlegt und diese wurden verwaltungsintern in einfacher Sprache formuliert - hieraus wurde ein Musterbescheid in einfacher Sprache erarbeitet 2. - der Musterbescheid in einfacher Sprache wird dem Rechtsservice mit der Bitte um Stellungnahme und Rückmeldung zugeleitet - Anlagen in Leichter Sprache folgen	Stadt Marburg, Fachbereich Arbeit, Soziales und Wohnen	Arbeit an Musterbescheid abgeschlossen Frühjahr 2018
6.6 Seite 91	Informationsvermittlung in der Stadtbücherei	**Flyer in einfacher Sprache** 1. - Konzeption und Entwicklung eines Flyers in einfacher Sprache, um Menschen mit sprachlichen und geistigen Beeinträchtigungen über die Angebote der Stadtbücherei besser zu informieren, wurde abgeschlossen. - Flyer sind gedruckt und liegen in der Stadtbücherei zur Mitnahme aus bzw. werden durch das Personal bei Neuanmeldungen ausgehändigt. **Zusätzliche Webseiten** 1. - Konzeption und Entwicklung von Webseiten der Stadtbücherei in Leichter Sprache, um Menschen mit sprachlichen und geistigen Beeinträchtigungen über die Angebote der Stadtbücherei besser zu informieren. - Auf der Webseite der Stadt Marburg und der Stadtbücherei sind umfangreiche Informationen über die Dienstleistungen, Angebote und Nutzungsmodalitäten in Leichter Sprache veröffentlicht. - Link zu der Homepage: → http://leichtesprache.marburg.de/was-erledige-ich-wo-/stadt-buecherei/	Stadt Marburg, Fachdienst Stadtbücherei	abgeschlossen abgeschlossen

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		Video in Gebärdensprache 1. - Konzeption und Entwicklung eines Videos in Gebärdensprache und Einbindung auf der Webseite der Stadtbücherei wurden noch nicht begonnen. - Kostenermittlung und Anmeldung für den Haushalt 2018 sind erfolgt. 2. - Realisierung in 2018 bei Mittelbewilligung		Realisierung in 2018 bei Mittelbewilligung
6.7 Seite 93	Stadtverwaltungsinterne Besprechungstermine und Arbeitstreffen bewusst inklusiv planen und organisieren	1. - alle Beschäftigten der Stadtverwaltung Marburg haben ein einheitliches E-Mail- und Kalenderprogramm (Outlook) zur Verfügung gestellt bekommen - eine erste Prüfung ergab, dass es grundsätzlich technisch möglich ist, sobald eine Besprechung über das Programm gebucht wird, ein Hinweisfenster einzublenden, das darauf hinweist, dass ggf. Schwerbehinderte bei der Besprechungsplanung zu berücksichtigen sind 2. - an der konkreten Umsetzung wird derzeit gearbeitet	Magistrat der Stadt Marburg, Fach-dienst Technische Dienste	begonnen
6.8 Seite 94	Barrierefreies Studienmaterial und Studienmanagement a) Erstellung eines Leitfadens zur „Barrierefreiheit von Lehrmateria-lien“	**a) Erstellung eines Leitfadens zur „Barrierefreiheit von Lehrmaterialien“** 1. - eine „Schritt-für-Schritt-Anleitung“ zur Erstellung barrierefreier Dokumente für die von der SBS eingesetzten studentischen Hilfskräfte wurde im März 2017 fertiggestellt und ist online oder als Broschüre bei der SBS erhältlich 2. - laufende Evaluierung	Philipps-Universität Marburg, Service-stelle für behinderte Studierende (SBS)	Zweite Auflage liegt vor fortlaufende Evaluierung

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
	b) Überprüfung des neuen integrierten Campus.Managements (iCM), MARVIN (Marburger Verwaltungs- und Informationssystem der Philipps-Universität) sowie der neuen Uni Homepage	**b) Überprüfung des neuen integrierten Campus-Managements (iCM), MARVIN (Marburger Verwaltungs- und Informationssystem der Philipps-Universität) sowie der neuen Uni Homepage** 1. - Überprüfung der neuen Benutzeroberflächen hinsichtlich ihrer Bedienbarkeit durch Nutzer von Vergrößerungssoftware		befristetes Projekt von Februar – Juni 2018
7.1 Seite 96/97	Stärkung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen in Hinblick auf Gewalt (Gewaltprävention, Beratung nach Gewalterfahrungen)	1. - ist im Haushalt aufgenommen	Frauennotruf Marburg e.V. und Stadt Marburg, Gleichberechtigungsreferat (Kooperationspartnerin)	begonnen und fortlaufend
7.2 Seite 98/99	Barrierearme Beratung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen bei sexualisierter Gewalt und Belästigung	1. - barrierearme Beratung für Gewaltbetroffene, Angehörige von Gewaltbetroffenen und Betreuungspersonen aus der Behindertenhilfe - Vernetzung mit Einrichtungen der Behindertenhilfe - Start des Projektes "Beratung für mich! Beratung vor Ort! - Proaktive Beratung für Frauen und Mädchen mit Behinderungen" - Erarbeitung einer Broschüre zum Thema Anzeige in einfacher Sprache - wöchentliche offene Beratungszeit im Beratungszentrum mit integrierten Pflegestützpunkt (BiP)	Frauennotruf Marburg e.V.	fortlaufend

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		2. - Verbesserung der Zugänglichkeit des Beratungsangebotes für blinde und sehbehinderte Ratsuchende (Leitsystem) - Weiterentwicklung des Projektes „Beratung für mich! Beratung vor Ort!“ - Entwicklung von bedarfsgerechten Beratungsmodellen		
8.1 Seite 101	Inklusive Arbeit im Marburger Kinder- und Jugendparlament	1. - es bestand eine Kooperation mit dem Projekt „Inklusion bewegt“ - das KiJuPa war aktives, stimmberechtigtes Mitglied im Begleitausschuss von „Inklusion bewegt - das KiJuPa „denkt“ und arbeitet inklusiv - bei allen Entscheidungen wird das Inklusion berücksichtigt - alle KiJuPa-Angebote sind auch prinzipiell inklusiv Ausgerichtet, auch im 11. KiJuPa sind wieder einige Menschen mit Behinderungen - konkret geplant ist für Juni 2018 ein inklusiv ausgerichteter Spendenlauf zum Thema „Für mehr Chancengleichheit!“ 2. - inhaltlich wird das Thema Inklusion auch in der neuen Legislaturperiode aufgegriffen, besonders da die betroffenen Kinder- und Jugendlichen als gewählte Mitglieder selbst für ihre Belange eintreten können und wollen - dabei ist es wie bisher das Ziel, Inklusion als Normalität und nicht als Besonderheit anzusehen und zu erleben	Stadt Marburg, Fachdienst Jugendförderung/ Jugendbildungs-werk - KiJuPa	abgeschlossen fortlaufend Juni 2018 fortlaufend

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
8.2 Seite 102	Erarbeitung einer Checkliste durch den Behindertenbeirat zur Durchführung barrierefreier Veranstaltungen	1. - die Checkliste wurde erarbeitet und vom Behindertenbeirat beschlossen - Beschluss des Magistrats zur Umsetzung der Checkliste für barrierefreie Veranstaltungen sowie Kenntnisnahme in der Stadtverordneten-versammlung - Weitergabe der Checkliste an alle Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung (Gemeinsames Mitteilungsblatt Ausgabe April 2017) - Anwendung bereits beim Neujahrsempfang und bei anderen Veranstaltungen, beispielsweise bei der Auftaktveranstaltung zur BürgerInnenbeteiligung im April 2017 für eine inklusive Teilhabe 2. - Anwendung der erarbeiteten Checkliste bei weiteren Veranstaltungen	Behindertenbeirat der Stadt Marburg	abgeschlossen
8.3 Seite 103/104	Stärkung und Ausbau der Selbsthilfe a) Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit durch Informationsveranstaltun-gen b) Vernetzung der bestehenden Akteure in der Selbsthilfeszene	**a) Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit durch Informationsveranstaltungen** 1. - drei Vortragsveranstaltungen an drei verschiedenen Orten im Rahmen der VHS-Programme der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf im WS 2016/2017 - Überlegungen zu weiteren Veranstaltungen im Rahmen des VHS-Programms mit anderem thematischen Schwerpunkt - Zeitungsartikelserie im Kontext der PR-Kampagne für die Selbsthilfegruppen mit abschließendem Selbsthilfetag am 7. April 2018 in Kooperation mit Arbeit und Bildung e.V.	Selbsthilfe-Kontaktstelle Marburg (mit Außenstelle in Biedenkopf)	abgeschlossen fortlaufend fortlaufend 7. April 2018

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		2. - Veranstaltung eines Selbsthilfetages im Kontext der PR-Kampagne für die Selbsthilfegruppen in Kooperation mit Arbeit und Bildung e.V. und mit Selbsthilfegruppen in der Region - Planung regelmäßiger Zeitungsanzeigen mit Informationen zu selbsthilfebezogenen Themen - Planung von weiteren Informationsbesuchen bei Einrichtungen der psychosozialen und medizinischen Versorgung in der Region **b) Vernetzung der bestehenden Akteure in der Selbsthilfeszene** 1. - Durchführung von Gesamttreffen der Selbsthilfegruppen aus der Stadt Marburg und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf 2. - Entwicklung einer Form für die Vertretung von Interessen der Selbsthilfegruppen im Rahmen des Projektes der Stadt Marburg „Gesunde Stadt Marburg“ und der Initiative des Landkreises Marburg-Biedenkopf „Gesundheit fördern – Versorgung stärken“ sowie der Mitgliedschaft von Stadt und Kreis im „Gesunde-Städte-Netzwerk“		in Vorbereitung in Vorbereitung in Vorbereitung fortlaufend begonnen
8.4 Seite 105/106	Förderung der Teilhabe von Menschen mit Demenz: Marburger Allianz für Menschen mit Demenz	1. - Marburg ist offiziell Esslinger Aufruf beigetreten (OB 29.3.) 2. - Schulungen zur Sensibilisierung sind angelaufen bzw. in Vorbereitung im Bereich ÖPNV/SWM, Unternehmen am Berg, Lebensmittel-Einzelhandel, Gesundheitssystem	Stadt Marburg, Altenplanung	zurzeit Weiterförderung bis 2018 begonnen

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
9.1 Seite 108	Berichterstattung als Grundlage der Teilhabeplanung in Marburg	1. - die Umsetzung des Aktionsplanes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen wird von der Projektgruppe eng begleitet und dokumentiert - der Umsetzungsstand und die Protokolle sind online abrufbar: → www.marburg.de/teilhabe 2. - nach dem Bestandsbericht 2015 und dem Aktionsplan 2017 wird ab dem Sommer 2018 ein 2. Teilhabebericht erarbeitet - der 2. Bericht wird die Umsetzung des Aktionsplanes zusammenfassen, Entwicklungen darstellen und neu identifizierte Handlungsbedarfe aufzeigen - anschließend wird auf dieser Grundlage ein 2. Handlungskonzept mit neuen und ergänzenden Aspekten erarbeitet	Stadt Marburg, Sozialplanung	2017 - 2019 ab Sommer 2018 Teilhabebericht 2019
9.2 Seite 109/110	Wissenschaftskooperation in der Teilhabeforschung	➢ **Stärkung der Einbindung von Menschen mit Blindheit und Sehbehinderung in die sie betreffenden Datenerhebungen, Forschungsthemen und Ermittlungen der Hindernisse für die Ausübung ihrer Rechte** ➢ **Stärkung der Einbindung von Menschen mit Blindheit und Sehbehinderung in die sie betreffenden Konzeptentwicklungen** 1. - Durchführung des Projektes „Inklusives Studieren bei Blindheit und Sehbeeinträchtigung“ (gefördert durch das HMWK), unter Einbeziehung von Studierenden mit Blindheit und Sehbehinderung; - Entwicklung von 4 Handreichungen, Themen:	Philipps-Universität Marburg, FB 21, Kooperationsstelle der blista e.V.	abgeschlossen

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		○ Barrierefreie Didaktik, ○ Barrierefreie Dokumente in der Lehre, ○ Verwaltung und Kommunikation, ○ Informationen für Studierende mit Blindheit und Sehbehinderung. - derzeit wird eine Buchpublikation der Ergebnisse vorbereitet (bis März 2018) - das Projekt „iQ_EB – Qualifizierung für eine inklusive allgemeine Erwachsenenbildung“ wurde genehmigt. Beginn: Dez. 2017, Laufzeit 3 Jahre 2. - Beantragung weiterer Projekte im Feld Blinden- und Sehbehindertenpädagogik unter Einbeziehung der Selbsthilfeverbände ➢ **die Kooperation dient der Entwicklung und Durchführung von universitären Weiterbildungs-angeboten im Bereich der Blinden- und Sehbe-hindertenpädagogik** 1. - die beiden berufsbegleitenden Studiengänge „Master Blinden- und Sehbehindertenpädagogik“ und „Zertifikatskurs Grundlagen inklusiver Pädagogik bei Blindheit und Sehbehinderung“ werden kontinuierlich durchgeführt und weiterentwickelt - die Studiengänge dienen sowohl der pädagogischen Qualifizierung als auch der inklusiven Weiterentwicklung pädagogischer Einrichtungen und Angebote - derzeit studieren 7 Personen im Master und 14 im Zertifikatskurs	Philipps-Universität Marburg, FB 21, Kooperationsstelle der blista e.V.	Buchpublikation der Ergebnisse 03/2018 laufend 12/17 – 11/20 kontinuierlich fortlaufend

Aktionsplan Gliederungs-nummer + Seitenzahl	**Handlungsansatz** Titel im Aktionsplan	**bisherige Umsetzung und erreichte (Teil-) Ziele** 1. aktueller Stand 2. nächster Schritt	**verantwortliche Institution**	**zeitlicher Rahmen** *(begonnen, 2017 bis 2019, fortlaufend, befristetes Projekt, abgeschlossen etc.)*
		➢ **die Kooperation dient der Forschung und Lehre in den Handlungsfeldern Bildung, Erziehung und Rehabilitation** - kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Universität und blista e.V. in der Evaluation und Weiterentwicklung pädagogischer Konzepte - Einbindung der Studierenden im Master Erziehungs- und Bildungswissenschaft in die Forschungsaktivitäten im Rahmen der Forschungswerkstatt (Sommersemester 2017) - Einbindung des Themas inklusive Pädagogik bei Blindheit und Sehbehinderung in die Lehre im Bachelorstudiengang „Bildungs- und Erziehungswissenschaft“ (Seminare: Erwachsenenbildung und Inklusion im SoSe 2016, Medien und Inklusion SoSe 2017)	Philipps-Universität Marburg, FB 21, Kooperationsstelle der blista e.V.	fortlaufend
9.3 Seite 111/112	Qualitative Datenerhebung zur Lebenssituation von Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigungen: Kooperationsprojekt des Gleich-berechtigungsreferats der Stadt Marburg und der Evangelischen Hochschule Darmstadt/Standort Schwalmstadt	1. - Beschluss des Magistrats, in Kooperation mit der Evangelischen Hochschule Darmstadt eine Studie zur Teilhabe von Frauen mit Beeinträchtigungen zu erstellen - erste Projektphase wurde am 13. Juli 2017 begonnen - Kooperationstreffen mit Interessenvertretungen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren - Förderantrag beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst wurde gestellt 2. - Recherche nach weiteren Finanzierungs-möglichkeiten	Evangelische Hochschule Darmstadt/Standort Schwalmstadt Stadt Marburg, Gleichberechti-gungsreferat (Kooperationspart-nerin)	Projektphase wurde im Juli 2017 begonnen

In
Anerkennung
und Würdigung
des Engagements der
Universitätsstadt Marburg
für ihren Aktionsplan
zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Marburger Aktionsplan 2017 -

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.:	**VO/5871/2017**
	Status:	öffentlich
	Datum:	17.10.2017
Antragstellende Fraktion/en:	Marburger Linke	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbesserung der Situation auf den Lahnterassen

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird aufgefordert :

Die personellen Voraussetzungen für eine Streetworkerbetreuung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Marburg-Mitte zu schaffen

Begründung :

In Marburg-Mitte und vor allem im Bereich der Lahnterassen halten sich insbesondere in der wärmeren Jahreszeit und in den Abend- und Nachtstunden viele junge Menschen, darunter auch Flüchtlinge auf. Junge Menschen brauchen auch öffentliche, nicht kommerzielle Flächen und Orte, wo sie sich treffen, aufhalten und feiern können. Deshalb hatte die Stadtverordnetenversammlung auch einmütig mit der Schaffung der Lahnterassen entsprechende Voraussetzungen im Zentrum der Stadt geschaffen .

In jüngster Zeit nun wetteifern Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung darin, diesen Bereich als Angstraum und Kriminalitätsschwerpunkt zu sehen, obwohl diese Auffassung von der Marburger Polizei nicht geteilt wird. Insbesondere junge Flüchtlinge werden unter unter vagem Bezug auf angebliche Polizeiberichte und unter Verwischung der Grenzen zu rechtspopulstischer Angst- und Stimmungsmache als angebliche notorische Diebe und Gewalttäter an den Pranger gestellt .

Die Polizei hingegen weist darauf hin, dass unabhängig von der Herkunft das Aufeinandertreffen vieler junger Leute, insbesondere junger Männer die Gefahr auch gewalttätiger Streits birgt – vor allem, wenn Alkohol als Katalysator im Spiel ist. Davon zeugen im übrigen auch die regelmäßigen Gewaltübergriffe vor Bundesligastadien und auf Volksfesten wie z.B. dem diesjährigen Gladenbacher Kirschenmarkt. Migranten und junge Flüchtlinge waren und sind daran eher überhaupt nicht beteiligt. Wohl deshalb haben z.B. die

Gladenbacher Gewaltexzesse keinerlei öffentliche Debatte zur Folge gehabt. Sie schienen wohl nicht geeignet für rechtspopulistische Stimmungsmache.

Es erscheint fahrlässig einen solchen stark frequentierten zentralen Treffpunkt wie Marburg-Mitte und die Lahnterasssen völlig ohne sozialpädagogische Betreuung zu lassen und allein auf Ordnungsmaßnahmen zu setzen. Deshalb ergeht die Aufforderung, ein Konzept dazu zu entwickeln und personelle Voraussetzungen zu dessen Umsetzung
zu schaffen.

Henning Köster **Renate Bastian** **Roland Böhm** **Inge Sturm**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.:	**VO/6018/2017**
	Status:	öffentlich
	Datum:	13.12.2017
Antragstellende Fraktion/en:	Marburger Linke	

Beratungsfolge:

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan

Beschlussvorschlag:

1. Die Marburger Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan durchzuführen. Es ist grausam, Menschen, die vor Krieg und Elend geflüchtet sind und sich hier ein neues Leben und einen neuen Beruf aufbauen, wieder in eine existenzbedrohende Situation zurück zu schicken.

2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, seine Handlungsspielräume zu nutzen, um Abschiebungen zu verhindern.

3. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert insbesondere die Praxis, dass Termine in der Ausländerbehörde dazu genutzt werden, Menschen direkt abzuschieben.

Begründung:

Am 1. Dezember wurde wieder vom Frankfurter Flughafen aus eine Massenabschiebung von Menschen nach Afghanistan vorgenommen, die zum Teil schon Jahre in der Bundesrepublik leben. Am 6. Dezember wurde bekannt, dass ein Pakistani, der in seiner Heimat verfolgt wurde und seit Jahren in der Region lebt und eine Ausbildung macht, nach einem Beratungsgespräch abgeschoben wurde. Die geschilderten Umstände sind unmenschlich und entwürdigend. Menschen, die sich hier eine neue Existenz aufbauen, werden so in lebensbedrohliche Situationen geworfen. Dies sind zwei aktuelle Beispiele. Die Stadtverordnetenversammlung kann dem nicht wort- und tatenlos zusehen.

Renate Bastian
Henning Köster-Sollwedel
Roland Böhm
Elisabeth Kula
Tanja Bauder-Wöhr
Inge Sturm

Jan Schalauske **Jonathan Schwarz**

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Große Anfrage der **SPD-Fraktion**	Vorlagen - Nr.: VO/3868/2015 Status: öffentlich Datum: 25.02.2015 Eingang: 25.02.2015	TOP
Magistrat		
Beratende Gremien:	**Magistrat** **Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung**	

Große Anfrage der SPD-Fraktion betr. Trennungskinder in Marburg

Der Magistrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie haben sich die Trennungen und Scheidungen von Familien mit minderjährigen Kindern in den letzten 10 Jahren in Marburg entwickelt?
2. Wie viele Eltern (Mütter / Väter) haben eine Beratung (§17 SGB VIII) in den letzten Jahren in Anspruch genommen?
3. Wie oft kam es mit welchem Ergebnis in den letzten 5 Jahren beim Familiengericht zu Auseinandersetzungen um das Sorge- bzw. das Umgangsrecht?
4. In wie vielen Fällen wurde begleiteter Umgang vom Familiengericht angeordnet und in wie vielen Fällen wurde er von den Eltern (Mutter / Vater) beantragt? Welche Ergebnisse wurden beim begleiteten Umgang erzielt?
5. In wie vielen Fällen kam es in den letzten 5 Jahren zum Sorgerechts- bzw. Aufenthaltswechsel von Trennungskindern?
6. In wie vielen Fällen wurde aus welchen Gründen in den letzten 5 Jahren der Umgang mit einem Elternteil für wie lange ausgeschlossen?
7. In wie vielen Fällen wurde der Umgang – nach langer Unterbrechung – wieder angebahnt und wie wirkte das Jugendamt bzw. ein Jugendhilfeträger dabei mit?
8. Wie kooperieren die mit Trennung und Scheidung befassten Institutionen (Familiengericht, Jugendamt, Beratungsstellen etc.) miteinander?

Begründung:

„Allen Kindern beide Eltern“ Dies ist auch die Forderung der UN-Kinderkonvention als Recht der Kinder gegenüber ihren Eltern und der Gesellschaft.
Die meisten Eltern bleiben auch nach Trennung und Scheidung für ihre Kinder in der Verantwortung und versorgen und erziehen sie gemeinsam. Ein kleiner Teil der Trennungs- und Scheidungskinder leidet allerdings sehr darunter, dass ihre Eltern dies nicht hinbekommen. Hierzu sieht das SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) zahlreiche Möglichkeiten der Unterstützung, Begleitung und Beratung vor. Es ist zu klären, ob diese ausreichend zur Unterstützung der betroffenen Kinder und Jugendlichen genutzt werden.

Ulrich Severin **Kirsten Dinnebier**

Der Magistrat Marburg, 27.04.2017

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14 a
35039 Marburg

Frau Stadtverordnete
Kirsten Dinnebier
Wilhelm-Raabe-Weg 4
35039 Marburg

Große Anfrage der SPD-Fraktion betr. Trennungskinder in Marburg

Sehr geehrter Herr Severin,
sehr geehrte Frau Dinnebier,

die Große Anfrage beantworten wir wie folgt:

Zunächst möchten wir vorausschicken, dass wir für einen solch langen Erhebungszeitraum auf zum Teil nur unvollständige Daten zurückgreifen konnten. Es hat auch auf den Positionen der einzelnen Sachbearbeiter verschiedene personelle Wechsel gegeben. Wir haben jedenfalls unsere vorhandenen Daten so genau und vollständig ausgewertet, wie es uns unter den gegeben Bedingungen möglich gewesen ist.

Zu den Fragen im Einzelnen können wir folgendes berichten:

1. Wie haben sich die Trennungen und Scheidungen von Familien mit minderjährigen Kindern in den letzten 10 Jahren in Marburg entwickelt?

Hier wurden rein quantitativ die Fälle gezählt, in denen das Jugendamt im Kontext von Trennung und Scheidung tätig geworden ist. Hierbei wurde nicht unterschieden, ob der Zugang über das Familiengericht oder die Personensorgeberechtigten erfolgte.

2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
138	144	162	175	191	160	150	146	128	137

Die tabellarische Darstellung zeigt die Verteilung der Häufigkeit des Tätigwerdens des Jugendamtes über die letzten 10 Jahre. Insgesamt ist das Jugendamt in den Jahren 2007 bis 2016 in 1531 Fällen tätig gewesen. Auffällig ist eine Häufung von Fällen in den Jahren 2009 bis 2012.

Für die Fragen 2 bis 7 haben wir einen Fünfjahreszeitraum von 2012 bis 2016 zu Grunde gelegt.

2. Wie viele Eltern (Mütter / Väter) haben eine Beratung (§17 SGB VIII) in den letzten Jahren in Anspruch genommen?

Fallzahl insgesamt	Beratung durch Mutter initiiert	Beratung durch Vater initiiert	Initiative nicht zugeordnet
347	197	129	21

Insgesamt haben in den Jahren 2012 bis 2016 347 Elternteile Beratungen nach § 17 SGB VIII (Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung) in Anspruch genommen. Hierbei ging die Initiative mehrheitlich von den Müttern aus. In den Fällen, die eindeutig zugeordnet werden konnten, traf dies in über 60% jener Fälle zu.

3. Wie oft kam es mit welchem Ergebnis in den letzten 5 Jahren beim Familiengericht zu Auseinandersetzungen um das Sorge- bzw. das Umgangsrecht?

Fallzahl	373
Fall entwickelt sich von strittig zu einvernehmlich	132
Fall bleibt strittig	57
Rücknahme des Antrags	31
JA wird Vormund oder Pfleger	31
Familiengericht erteilt Auflagen	27
Beschluss des Familiengerichts zugunsten von Mutter oder Vater	37
Begleiteter Umgang	45
Sonstiges	28

Im Erhebungszeitraum zwischen 2012 und 2016 gab es in 373 Fällen Auseinandersetzungen bezüglich des Sorge- bzw. Umgangsrechts. Die Kriterien in der oben stehenden Tabelle spiegeln unsere Erhebungssystematik wieder. Daher können wir nur zu den erhobenen Daten Aussagen machen. Bemerkenswert ist, dass in 163 Fällen sich eine einvernehmliche Lösung erreichen ließ. (Einvernehmliche Entwicklung und Rücknahme des Antrages) Interventionen des Familiengerichtes gab es in 103 Fällen. Hier werden die Kriterien Begleiteter Umgang, gerichtliche Auflagen und Vormund- bzw. Pflegschaft subsummiert.

4. In wie vielen Fällen wurde begleiteter Umgang vom Familiengericht angeordnet und in wie vielen Fällen wurde er von den Eltern (Mutter / Vater) beantragt? Welche Ergebnisse wurden beim begleiteten Umgang erzielt?

Fallzahl	**Begleiteter Umgang über Familiengericht**	**Antrag Mutter**	**Antrag Vater**	**weiterhin strittig**	**Umgang konnte etabliert werden**
84	45	22	17	23	37

Insgesamt wurde in 84 Fällen ein begleiteter Umgang durchgeführt. In 45 Fällen wurde der durch das Familiengericht ins Werk gesetzt. In 39 Fällen wurde Begleiteter Umgang auf Antrag von Elternteilen initiiert. Hierbei handelt es sich um Fälle, in denen der Bedarf bereits in der Beratung der Eltern deutlich wurde. Das Familiengericht ist in diesen Fällen dann nicht involviert. Innerhalb des Erhebungszeitraumes 2012 – 2016 konnte in 37 Fällen ein Umgang

ohne weitere unterstützende Leistungen etabliert werden. In 23 Fällen blieb die Angelegenheit strittig.

5. In wie vielen Fällen kam es in den letzten 5 Jahren zum Sorgerechts- bzw. Aufenthaltswechsel von Trennungskindern?

Im genannten Zeitraum sind uns in 22 Fällen solche Veränderungen bekannt geworden.

6. In wie vielen Fällen wurde aus welchen Gründen in den letzten 5 Jahren der Umgang mit einem Elternteil für wie lange ausgeschlossen?

Anzahl	Gründe	Dauer
2	Kindeswohlgefährdung	dauerhaft
2	Psych. Erkrankung	6 Monate
1	Drogenkonsum	3 Monate
1	Drogenkonsum	12 Monate
1	Inhaftierung	3 Jahre
1	Desinteresse	3 Jahre
1	Keine Nennung	2 Jahre
1	Kindeswohlgefährdung	1,5 Jahre
1	Kindeswohlgefährdung	1 Jahr
1	Misshandlung des Kindes	dauerhaft
1	Sicherheitsbedenken wegen des anderen Elternteils	1,5 Jahre
1	Sicherheitsbedenken wegen des anderen Elternteils	6 Monate
1	Sicherheitsbedenken wegen des anderen Elternteils	4 Jahre
1	Suchterkrankung	6 Monate
1	Psych. Erkrankung	6 Monate
1	Inhaftierung wegen Kapitalverbrechen	dauerhaft

Zusammengefasst wurden von 2012 bis 2016 18 Elternteile vom Umgang ausgeschlossen. Die Dauer des Umgangsausschlusses betrug 6 Monate bis hin zum dauerhaften Ausschluss. Grundsätzlich ist der Gedanke des Kindeswohls handlungsleitend. Nur in Fällen, in denen das Kindeswohl durch den Umgang gefährdet wäre, kommt es zum Umgangsausschluss. Die Gründe sind im Detail mannigfaltig. Innerhalb der Nennungen, bei denen die Kindeswohlgefährdung differenzierter beschrieben wurde, sind die Merkmale Inhaftierung, Suchterkrankung/Drogenkonsum, Gewalt gegen das Kind und psychische Erkrankung hervorzuheben. Deutlich wird auch, dass die Dauer des Ausschlusses Bezug auf den prozesshaften Charakter der Gegebenheiten im Einzelfall nimmt. Dauerhafte Ausschlüsse wurden nur dort angewendet, wo die Kindeswohlgefährdung oder die Folgen als manifest eingestuft wurden.

7. In wie vielen Fällen wurde der Umgang – nach langer Unterbrechung – wieder angebahnt und wie wirkte das Jugendamt bzw. ein Jugendhilfeträger dabei mit?

Zunächst wurde der Begriff der langen Unterbrechung definiert. In der Erhebung wurden Fälle berücksichtigt, in denen seit mehr als einem Jahr kein Umgang mehr stattgefunden hatte. Im Bereich der stattgefundenen Unterstützungstätigkeiten sind Mehrfachnennungen sind möglich

Fallzahl insgesamt	Beratung durch JA	Vermittlung zur Beratung an andere Stelle	begleiteter Umgang	Hilfe eingeleitet	Mitwirkung Familiengericht
43	19	17	26	3	20

In 43 Fällen konnten die Umgangskontakte zwischen Kind und dem abwesenden Elternteil nach einer Unterbrechung von über einem Jahr wieder angebahnt werden. In 19 Fällen wurde die Beratung durch das Jugendamt selbst durchgeführt. In 17 Fällen vermittelte das Jugendamt an andere Beratungsstellen weiter. 29 unterstützende Maßnahmen, wie Begleiteter Umgang oder Hilfen zur Erziehung, wurden eingeleitet. In 20 Fällen war das Familiengericht zur Klärung tätig. In diesen Fällen wirkte das Jugendamt im Verfahren mit.

8. Wie kooperieren die mit Trennung und Scheidung befassten Institutionen (Familiengericht, Jugendamt, Beratungsstellen etc.) miteinander?

Grundsätzlich kooperieren die genannten Stellen permanent fallbezogen. Es gibt Arbeitsbeziehungen bezogen auf den Begleiteten Umgang und die Weiterverweisung von Fällen mit anderen Beratungsstellen, dem Familiengericht, den Verfahrensbeiständen und weiteren Stellen. Fallübergreifend finden Abstimmungsgespräche mit den Erziehungsberatungsstellen und den Trägern der freien Jugendhilfe, die im Kontext von Trennung und Umgang tätig sind, statt.
Anlassbezogen gibt es darüber hinaus Kooperationsgespräche mit Richtern und Richterinnen am Familiengericht.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

Bericht	Vorlagen-Nr.: **VO/5903/2017-1** Status: öffentlich Datum: 14.02.2018
Dezernat: I Fachdienst: 50 - Soziale Leistungen Sachbearbeiter/in: Schmidt, Peter	

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Entscheidung	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Kenntnisnahme	Öffentlich

Bericht zum Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Förderung der Potentiale älterer Menschen für ein aktives selbst-gestaltetes Leben und Unterstützung pflegebedürftiger älterer Menschen durch die Alternspolitik in Marburg

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten, den nachstehenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die schriftliche Berichterstattung an die Antrag stellende Fraktion sowie mündliche Ergänzung im Ausschuss für Soziales, Jugend & Gleichstellung zu beschließen.

Sachverhalt:

1. **Wie viele MarburgerInnen ab 65 Jahre sind pflegebedürftig, wie viele davon bedürfen stationärer Pflege und wie viele werden ambulant versorgt - im Verhältnis zur Altersgruppe ohne Pflegebedarf?**

Die spezifischen, erfragten Daten nach dem Merkmal der *„Pflegebedürftigkeit“* werden nicht erhoben, so dass hierüber keine Auskunft erteilt werden kann. Ebenso wenig liegen spezifische Daten für den Bereich der Universitätsstadt Marburg vor.

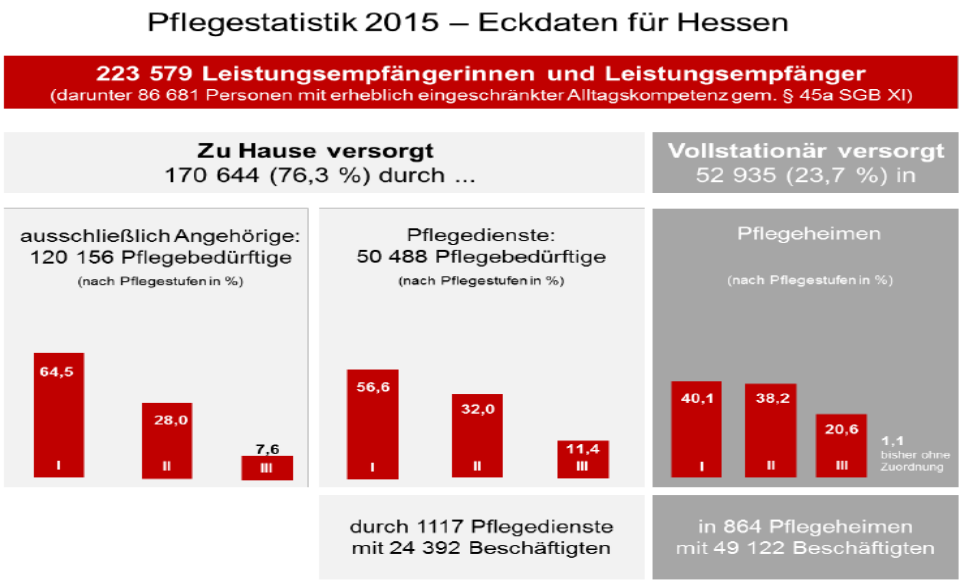
Das Hessische Statistische Landesamt erhebt von den Gesetzlichen Pflegekassen im Rahmen der turnusmäßig alle zwei Jahre stattfindenden Pflegestatistik[1] Daten über deren Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher. Auf der Grundlage der letzten Erhebung vom 15.12.2015 ergibt sich für den Landkreis Marburg-Biedenkopf einschließlich der Universitätsstadt Marburg folgendes Bild:

[1] https://statistik.hessen.de/zahlen-fakten/soziales-gesundheit-bildung-kultur-recht/gesundheitswesen/gesundheit ; Leistungsempfänger/-innen aus der Pflegeversicherung am 15. Dezember 2015

Insgesamt bezogen 10.094 Menschen im Landkreis Marburg-Biedenkopf Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung. Davon erhielten 5.342 Personen Pflegegeld, die mit dieser Leistung ihren pflegerischen Bedarf in der Häuslichkeit selbst sicherstellten. 2.627 Menschen bezogen eine Leistung der Gesetzlichen Pflegeversicherung und stellten hierdurch ihren pflegerischen Bedarf mit Unterstützung durch einen ambulanten Pflegedienst in der Häuslichkeit sicher und 2.125 Menschen nahmen eine stationäre Leistung in Anspruch. Von den 2.125 Menschen, die eine stationäre Leistung in Anspruch genommen haben, befanden sich nach statistischen Angaben 99 Personen in nur vorübergehender stationärer Unterbringung, wie z.B. Kurzzeit- oder Verhinderungspflege.

Von der Gesamtzahl der Personen mit Pflegeeinstufung (10.094) lag bei insgesamt 4.293 Personen eine erhebliche Einschränkung der Alltagskompetenz vor. Demgegenüber wurden Leistungen bei erheblicher Einschränkung der Alltagskompetenz ohne Pflegeeinstufung an 635 Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher erbracht.

Zum Vergleich bilden wir nachfolgend die Hessischen Eckdaten der Pflegestatistik 2015[2] ab:



2. **Welche zentralen Ergebnisse und Wirkungen haben die bisher in den Stadtteilen bei älteren Menschen durchgeführten Befragungen zum guten Älterwerden erbracht und wie viele Personen haben daran teilgenommen?**
3. **Inwieweit soll / kann die Umsetzung der Ergebnisse und Vorschläge der Umfrage für ein gutes Leben im Quartier durch die aktive Mitwirkung der BewohnerInnen erfolgen und wie unterstützt die städtische Politik sie dabei durch Moderation, Beratung und Qualifikation für Nachbarschafts- Freizeit- und Beteiligungsprojekte?**

Die wichtigsten **<u>Ergebnisse der Befragungen</u>** lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die befragten Älteren möchten grundsätzlich, auch bei steigendem Hilfe- oder Pflegebedarf in der eigenen Wohnung bzw. Umgebung verbleiben.
- Nicht-pflegerischer Hilfebedarf wird hauptsächlich in den Bereichen Haushalt, Gartenpflege, handwerkliche Hilfen und Fahrdienste gesehen.
- Infrastruktureller Handlungsbedarf im Stadtteil wird v.a. bei Einkaufsmöglichkeiten, Nahverkehr, Gesundheitsversorgung, Gastronomie sowie Kultur formuliert.

[2] https://statistik.hessen.de/bildergalerien/gesundheitswesen

- Gewünscht werden dezentral Beratung und Information zu alternsspezifischen Themen.
- Ebenso besteht bei vielen Älteren der Wunsch nach (alternsgerechten) Angeboten für Begegnung und Freizeitgestaltung.

Neben der Formulierung der o. g. Bedarfe **zeigen die Befragungen zugleich, dass sich viele Menschen für ihr Umfeld engagieren möchten** und sich für neue Wege des gemeinschaftlichen Wohnens interessieren.

Befragungen in den Stadtteilen und was sich daraus entwickelt hat

So haben sich die Befragungen (gemäß des Stadtverordnetenbeschlusses VO/0381/2009) zu einem zentralen Impuls der Marburger Altenplanung entwickelt. Neben der ursprünglich angezielten Datenbasis für eine qualifizierte Altenplanung stellen sie ein wertvolles dezentrales Aktivierungsinstrument dar. Ergebnisse und Prozesse fließen zugleich in weitere Programme der Stadtgestaltung und -entwicklung wie IKEK – kommunales Entwicklungskonzept, ISEK – integriertes Stadtentwicklungskonzept/ Soziale Stadt u.a. ein.

In den Stadtteilen mit Befragungen wird ‚Gutes Älterwerden im Stadtteil' zum wichtigen Thema und zur gemeinschaftlichen Aufgabe, oft bereits beginnend mit den öffentlichen Vorstellungen der Umfrageergebnisse, bei welchen die Teilnehmenden erste Initiativen entwickeln. Die Befragungen und Vorstellung der Ergebnisse in öffentlichen Veranstaltungen führen dazu, dass sich Bürgerinnen und Bürger zusammenschließen, um sich aktiv für die Gestaltung wichtiger Lebensgrundlagen und Bedingungen im Stadtteil zu engagieren und einzusetzen, nicht allein für Menschen in der zweiten Lebenshälfte.

Ältere wirken besonders häufig an neuen Angeboten örtlicher Begegnung und Daseinsvorsorge mit bzw. bringen sich fordernd und fördernd in die lokale Stadt(teil)politik ein.

Ohne mögliche Hilfe- oder Pflegebedarfe zu negieren und zu missachten zeigt sich so, dass ältere Menschen bis weit in ihre 80er Jahre oft eher „Nettogeber/innen" als Bedürftige sind (weniger als 50% der 90+-Jährigen sind pflegebedürftig), eine wichtige gesellschaftliche Kraft und Ressource.

Initiativen und Vereine, die aus den Befragungen entstanden sind

Angestoßen durch die Befragungen haben engagierte Bürger/innen folgende Gruppen und Initiativen zur partizipativen Umsetzung der Ergebnisse und Vorschläge entwickelt:

- „Aktive Bürger/innen Cappel" (ABC) e.V. mit derzeit 14 verschiedenen regelmäßigen Angeboten (vom Bürgercafé und Mittagstisch über Kreativ-, Bewegungs- und PC-Gruppen bis hin zu musischen Angeboten),
- AK Aktives Allnatal mit vergleichbaren Angeboten plus Bücherbörse und Spaziergehgruppe – mit der Besonderheit sehr enger Zusammenarbeit dreier Außenstadtteile,
- Initiative „Leben in unserem Viertel", ebenfalls bezirksübergreifend (Glaskopf/Hansenhaus/Südbahnhof) mit monatlich stattfindenden Themennachmittagen (z. B. Tanzcafé, Brot backen, u.v.m.) sowie wöchentlichen Stadtteil-Spaziergängen zur Förderung der Nachbarschaft,
- AK Gut Älterwerden in Elnhausen, der unter Einbezug örtlicher Vereine ein monatliches Begegnungscafé organisiert und Weiteres für die westlichen Stadtteile plant,
- Initiativen „Gut Älterwerden" in Ginseldorf sowie der Marbach (mangels Begleitungskapazität derzeit nicht aktiv),
- die Gruppe in Schröck bietet mit dem Förderverein „Hingilskoots Scheune" u.a. einen regelmäßig stattfindenden Mittagstisch an für Gäste aus Schröck und Moischt

- der AK „Gut älter werden in Ockershausen“ bietet ein vielfältiges Angebot: Erzählcafé, Kulturkreis, Generationen-Wanderkarte, themenspezifische Rundgänge u.v.m.
- Stadtteilnetz Richtsberg, das u. a. Begegnung im Wohnumfeld fördert und gemeinsam mit „Richtsberg-Expert*innen die Broschüre „Angebote für Senior*innen am Richtsberg“ erarbeitet hat
- sowie die Seniorenkonferenz Ortenberg etc.

Hinzu kommen die Weiterentwicklungen und Kooperationen bestehender Seniorengruppen bzw. -clubs, Nachbarschaftshilfen und Besuchsdienste, gemeinsame Projekte mit den Gemeinweseninitiativen, Broschüren und örtliche Wegweiser bzw. Angebotszusammenstellungen etc.

Eindrücklich illustriert eine neue Broschüre der Altenplanung und Freiwilligenagentur die Wirkung der Befragungen: „Gut Älterwerden in Marburg – Gemeinsam.Gut.Gestalten“.[3]

Qualifizierung, Austausch, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Die Umsetzung der Ergebnisse und Vorschläge der Umfragen für ein gutes Leben im Quartier sind allein durch die aktive Mitwirkung der Bewohner*innen realisierbar. Insgesamt tragen die Aktivitäten der Freiwilligen, der Ortsbeiräte, Initiativen, Stadtteil- und Kirchengemeinden, der Altenplanung und Freiwilligenagentur dazu bei, „Gut Älterwerden in Marburg“ in einem gemeinsamen Beteiligungsprozess zu gestalten. Altenplanung und Freiwilligenagentur sind Ansprechpartnerinnen für die Initiativen in den Stadtteilen, nehmen an lokalen Austauschtreffen teil und unterstützen die Prozesse vor Ort kontinuierlich.

Ebenfalls angestoßen durch die Befragungen und zur Förderung der Umsetzungsprozesse entwickeln Altenplanung sowie Freiwilligenagentur seit 2011 regelmäßig ein Austausch-, Begegnungs- und Qualifizierungsprogramm mit jährlich zwei bis drei kleineren und einer großen öffentlichen Veranstaltung. Themen waren Rechtsfragen, Öffentlichkeitsarbeit, Gewinnung Freiwilliger, Bewegungsförderung, Ideenschmiede für 50+-Projekte u.v.m.

Die Großveranstaltungen dienen der Würdigung des Engagements der aktiven Bürger*innen, der Information der Öffentlichkeit über die beeindruckenden Aktivitäten der Engagierten und zugleich der Anregung und Motivation für weitere Schritte und Projekte. Sie finden in wechselnden Formaten statt, u.a. dem alle drei Jahren stattfinden Marktplatz der Marburger Nachbarschafts- und Beteiligungsprojekte, Empfängen des Oberbürgermeisters oder kurzweiligen Vorträgen und Beiträgen (auch der Engagierten selbst).

Mehr als 1.500 Bürger/innen haben an den Befragungen teilgenommen

Die Befragungen tragen mit ihren Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen wesentlich zur Umsetzung zentraler Forderungen der Konzepte I und II zur Marburger Altenplanung (2008 und 2009), der „Leitlinien zur Zukunft von Wohnen und Pflege im Alter in Marburg“ (VO/0382/2008), der „Eckpunkte einer zukunftweisenden Marburger Alternssozialpolitik“ (VO/3737/2015) sowie zum in Arbeit befindlichen „Konzept III kommunaler Altenplanung der Universitätsstadt Marburg“ (VO/4443/2015) bei - auf dem Weg zu einer alternssensiblen und -gerechten Stadt in Vielfalt.

Neben den durch die Ortsbeiräte verantworteten Befragungen (in Bauerbach, Cyriaxweimar, Cappel, Elnhausen, Ginseldorf, Haddamshausen, Hermershausen, Marbach, Michelbach (Pilotbefragung), Moischt, Ockershausen, Richtsberg, Schröck und Wehrshausen) erfolgten zudem Umfragen in Kooperation mit Stadtteilgemeinden bzw. Gemeinwesenprojekten

[3] https://www.marburg.de/portal/seiten/dokumentationen-praesentationen-fotos-900000931-23001.html

(Afföller, Badestube, Glaskopf, Hansenhaus, Südviertel/-stadtgemeinde, Waldtal und Zahlbach). Bei diesen Befragungen Älterer haben insgesamt mehr als 1.500 Marburgerinnen und Marburger teilgenommen. Hinzu kommen jene, die ergänzend im Rahmen des Kooperationskonzeptes mit dem FB 19 der Marburger Uni - Geografie (Humangeografie) im Sommersemester 2013 befragt wurden (Bortshausen, Dagobertshausen, Dilschhausen, Gisselberg, (Moischt), Ronhausen, Wehrda und Wehrshausen).

4. **Wie kann in diesem Zusammenhang erklärt werden, dass die bisher eigenständige Stabsstelle Altenplanung nun dem Fachdienst Arbeit, Soziales und Wohnen, also einem Bereich hoheitlicher Leistungsgewährung für Menschen mit finanziellem bzw. altersbedingtem Hilfebedarf, untergeordnet wurde – ohne Erhalt der bisherigen direkten Austauschmöglichkeit der Stabsstelle mit dem Sozialdezernat bzw. dem Magistrat**

Im Fachbereich Arbeit, Soziales & Wohnen sind neben den gesetzlichen Pflichtaufgaben hoheitlicher Leistungsgewährung die in der Universitätsstadt Marburg geleisteten freiwilligen Aufgaben für die Bereiche der Senioren, Menschen mit Behinderungen, Armutsbekämpfungen (z.B. Stadtpass), Arbeitsförderung, Wohnungslosigkeit oder Obdachlosigkeit verortet.

Darüber hinaus sind in den beschriebenen Strukturen die Sozialberichterstattung und die Sozialplanung positioniert.

Mit Einbindung der bisherigen Stabstelle Altenplanung als Fachdienst 17 in die etablierten Strukturen des Fachbereichs Arbeit, Soziales & Wohnen werden die Inhalte und die Aufgaben aufgewertet und wirkungsvoller verbunden sowie die Bedeutung und der Stellenwert der politischen Arbeit in besonderer Weise hervorgehoben. Die Seniorenarbeit, die Funktion des Seniorenbeirats, der Allgemeine Soziale Dienst in Form der Altenhilfe, die Sozialplanung und die Gestaltung des BIP (Beratungszentrum mit Integriertem Pflegestützpunkt) werden enger zusammengeführt und bilden dadurch einen Schwerpunkt zukünftiger Sozialpolitik. Übergreifende Lenkungsgruppen beim Oberbürgermeister im Kontext Kooperativer Sozialplanung und der Umsetzung Soziale Stadt verstärken diesen Effekt und dienen dazu, bisherige Doppelungen zu korrigieren.

Die bisherige Organisation als eine Stabstelle zur Beratung des Oberbürgermeisters war nicht mehr zeitgemäß, da die inzwischen wahrgenommenen Aufgaben durch ihre Zunahme und Entwicklung der Aufwertung in einen eigenen Fachdienst angemessen sind. In der bestehenden Dezernatsstruktur ist der Zugang der Fachdienstleitung zum Oberbürgermeister in seiner Funktion als Sozialdezernent garantiert.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister
der Universitätsstadt Marburg

Finanzielle Auswirkungen: keine